



Europäische
Kommission

REDE

ZUR LAGE

DER UNION

2016

Rede von Jean-Claude Juncker
Präsident der Europäischen Kommission
14. September 2016

#SOTEU
ec.europa.eu/soteu

Jedes Jahr im September hält der Präsident der Europäischen Kommission vor dem Europäischen Parlament seine Rede zur Lage der Union, in der er eine Bilanz der Arbeit des vergangenen Jahres zieht und einen Ausblick auf die Prioritäten des kommenden Jahres gibt. Dabei wird auch Thema sein, wie die Kommission die derzeit drängendsten Probleme in der Europäischen Union anzugehen gedenkt. Im Anschluss an die Rede findet eine Aussprache im Parlament statt. Die Rede bildet den Auftakt für den Dialog zwischen Parlament und Rat über das Arbeitsprogramm der Kommission für das kommende Jahr.

Die Rede zur Lage der Union hat ihren Ursprung im Vertrag von Lissabon und ist Teil der Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2010, die zudem vorsieht, dass sich der Präsident in einer Absichtserklärung an den Präsidenten des Europäischen Parlaments und den amtierenden Ratsvorsitz wendet und einen detaillierten Überblick über die gesetzlichen und sonstigen Maßnahmen und Initiativen gibt, die die Kommission bis zum Ende des folgenden Jahres (in diesem Fall 2017) durchführen will.

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, hält seine zweite Rede zur Lage der Union am 14. September 2016.

Die aktuelle Broschüre enthält die autorisierte Fassung der Rede, die Absichtserklärung sowie einen Bericht über die zehn Prioritäten der Juncker-Kommission. Eine vollständige Mitschrift der Rede und die Schlussbemerkungen des Präsidenten sowie andere Sprachfassungen und sonstiges Hintergrundmaterial sind unter <http://ec.europa.eu/soteu> zu finden.

Hiermit wird ein Gesamtbild der Lage der Union im Jahr 2016 aus der Sicht des Präsidenten vermittelt. Die Unterlagen bilden den Beitrag der Europäischen Kommission zum informellen Treffen der 27 Staats- und Regierungschefs am 16. September 2016 in Bratislava.

INHALT

Autorisierte Rede zur Lage der Union 2016: Hin zu einem besseren Europa – Einem Europa, das schützt, stärkt und verteidigt	5
Absichtserklärung an Präsident Martin Schulz und Ministerpräsident Robert Fico	23
Fortschritte bei den zehn Prioritäten der Europäischen Kommission	33
Besuche von Kommissionsmitgliedern bei nationalen Parlamenten seit Beginn des Mandats (1. November 2014 bis 9. September 2016)	45
Bürgerdialoge in den Mitgliedstaaten (1. November 2014 bis 10. September 2016)	49

LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA,
DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

AUTORISIERTE REDE

- Es gilt das gesprochene Wort -

LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA, DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

EINLEITUNG

Herr Präsident,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vor einem Jahr stand ich hier und habe Ihnen gesagt, dass unsere Union in keinem guten Zustand ist –, dass es an Europa fehlt in dieser Union und an Union fehlt in dieser Union.

Ich werde mich heute nicht hinstellen und Ihnen sagen, dass nun alles in Ordnung ist.

Denn das ist es nicht.

Lassen Sie uns eine ganz ehrliche Diagnose stellen.

Unsere Europäische Union befindet sich – zumindest teilweise – in einer existenziellen Krise.

Im Laufe des Sommers habe ich aufmerksam zugehört, wenn mir die Abgeordneten dieses Parlaments, Regierungsvertreter, viele nationale Parlamentarier und europäische Bürgerinnen und Bürger erzählt haben, was ihnen auf dem Herzen liegt.

Ich habe mehrere Jahrzehnte europäischer Integration miterlebt. Es gab viele starke Momente. Und natürlich gab es auch schwierige Zeiten und Krisenzeiten.

Aber nie zuvor habe ich so wenige Gemeinsamkeiten zwischen unseren Mitgliedstaaten gesehen. So wenige Bereiche, bei denen sie sich darauf einigen können, zusammenzuarbeiten.

Nie zuvor habe ich so viele Spitzenpolitiker nur von ihren innenpolitischen Problemen reden hören, wobei Europa stets nur beiläufig erwähnt wurde – wenn überhaupt.

Nie zuvor habe ich erlebt, dass Vertreter der EU-Institutionen ganz andere Prioritäten setzen – manchmal sogar in direktem Widerspruch zu den nationalen Regierungen und den nationalen Parlamenten. Gerade so, als gäbe es kaum noch Schnittpunkte zwischen der EU und den Hauptstädten ihrer Mitgliedstaaten.

Nie zuvor habe ich nationale Regierungen derart von populistischen Kräften geschwächt und von drohenden Wahlniederlagen gelähmt gesehen.

Nie zuvor habe ich so viel Spaltung und so wenig Gemeinsinn in unserer Union gesehen.

Wir stehen nun vor einer sehr wichtigen Entscheidung.

Geben wir nun etwa dem ganz verständlichen Gefühl der Frustration nach? Verfallen wir allesamt in kollektive Depression? Wollen wir zusehen, wie sich unsere Union vor unseren Augen auflöst?

Oder sagen wir: Ist das nicht der Moment, sich zusammenzureißen? Der Moment, die Ärmel hochzukrempeln und unsere Anstrengungen zu verdoppeln und zu verdreifachen? Ist das nicht der Moment, in dem Europa mehr denn je eine entschlossene politische Führung braucht – statt Politikern, die einfach das Schiff verlassen.

LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA, DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

Unsere Betrachtungen zur Lage der Union müssen mit einem Sinn für Realität und großer Ehrlichkeit beginnen.

Zuerst einmal sollten wir zugeben, dass wir in Europa eine Menge ungelöster Probleme haben. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

Von hoher Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit über staatliche Schuldenberge und die ungeheure Herausforderung der Flüchtlingsintegration bis hin zu der sehr realen Bedrohung unserer Sicherheit im In- und Ausland – jeder einzelne EU-Mitgliedstaat ist von den anhaltenden Krisen unserer Zeit betroffen.

Wir stehen sogar vor der traurigen Aussicht, dass eines unserer Mitglieder unsere Reihen verlässt.

Zweitens sollten wir uns bewusst sein, dass die Welt auf uns blickt.

Ich bin gerade vom G20-Treffen in China zurückgekommen. Europa besetzt sieben Stühle am Tisch dieses wichtigen globalen Forums. Und doch gab es – trotz unserer großen Präsenz – mehr Fragen als wir gemeinsame europäische Antworten hatten.

Wird Europa also weiterhin in der Lage sein, Handelsvereinbarungen zu treffen und Wirtschafts-, Sozial- und Umweltstandards für die Welt zu gestalten?

Wird sich die europäische Wirtschaft endlich erholen oder für die nächsten zehn Jahre in geringem Wachstum und niedriger Inflation feststecken?

Wird Europa weiterhin weltweit führend sein, wenn es um den Kampf für die Menschenrechte und Grundwerte geht?

Wird Europa die Stimme erheben und mit einer Stimme sprechen, wenn territoriale Integrität bedroht – und Völkerrecht verletzt wird?

Oder wird Europa vom internationalen Parkett verschwinden und es anderen überlassen, die Welt zu gestalten?

Ich weiß, dass Sie hier in diesem Haus nur allzu bereit wären, klare Antworten auf diese Fragen zu geben. Aber wir müssen unseren Worten gemeinsame Taten folgen lassen. Sonst bleiben es nur: Worte. Und mit Worten allein können wir keinen Einfluss auf das Weltgeschehen nehmen.

Drittens sollten wir einsehen, dass wir nicht all unsere Probleme mit einer weiteren Rede lösen können. Oder mit einem weiteren Gipfel.

Denn dies sind nicht die Vereinigten Staaten von Amerika, wo der Präsident eine Rede zur Lage der Union vor beiden Kammern des Kongresses hält und Millionen von Bürgerinnen und Bürgern jedes Wort live im Fernsehen mitverfolgen.

Im Vergleich dazu zeigt unsere Rede zur Lage der Union hier in Europa sehr deutlich, wie unvollständig das Wesen unserer Union ist. Heute spreche ich vor dem Europäischen Parlament. Und am Freitag treffe ich gesondert in Bratislava mit den Staats- und Regierungschefs zusammen.

Also kann ich mit meiner Rede nicht lediglich Ihren Beifall suchen und außer Acht lassen, was die Staats- und Regierungschefs am Freitag sagen werden. Ich kann auch nicht in Bratislava mit einer anderen Botschaft erscheinen als heute vor Ihnen. Ich muss also berücksichtigen, dass unsere Union zwei Ebenen der Demokratie hat, die gleichermaßen wichtig sind.

LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA, DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

Wir sind nicht die Vereinigten Staaten von Europa. Unsere Europäische Union ist viel komplexer. Und wenn wir diese Komplexität ignorieren, wäre dies ein Fehler, der uns zu falschen Lösungen führen würde.

Europa kann nur funktionieren, wenn Reden, die das gemeinsame Projekt unterstützen, nicht nur in diesem hohen Hause gehalten werden, sondern auch in den Parlamenten all unserer Mitgliedstaaten.

Europa kann nur funktionieren, wenn wir alle nach Einheit und Gemeinsamkeit streben und das Gerangel um Kompetenzen und die Rivalitäten zwischen Institutionen hinter uns lassen. Nur dann ist Europa mehr als die Summe seiner Teile. Und nur dann kann Europa besser und stärker werden, als es heute ist. Nur dann werden die Vertreter der EU-Institutionen und der nationalen Regierungen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unser gemeinsames Projekt zurückgewinnen.

Die Europäer sind unsere endlosen Streitereien, die Querelen und das Gezerre nämlich leid.

Die Europäer wollen konkrete Lösungen für die entscheidenden Probleme, vor denen unsere Union steht. Und sie wollen mehr als Versprechen, Entschlüsse und Gipfel-Schlussfolgerungen. Davon haben sie schon genug gehört und gesehen.

Die Europäer wollen gemeinsame Entscheidungen, die anschließend auch rasch und wirksam umgesetzt werden.

Ja, wir brauchen eine langfristige Vision. Und die Kommission wird eine solche Zukunftsvision im März 2017 – rechtzeitig zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge – in einem Weißbuch darlegen. Wir werden aufzeigen, wie wir unsere Wirtschafts- und Währungsunion stärken und reformieren können. Wir werden auch den politischen und demokratischen Herausforderungen Rechnung tragen, mit denen unsere Union der 27 in Zukunft konfrontiert sein wird. Und natürlich wird das Europäische Parlament, ebenso wie die nationalen Parlamente, eng in diesen Prozess eingebunden sein.

Eine Vision allein reicht aber nicht aus. Was unsere Bürgerinnen und Bürger viel mehr brauchen, ist, dass jemand lenkt und auf die Herausforderungen unserer Zeit reagiert.

Europa ist wie ein aus vielen Schnüren gedrehtes Seil – es hält nur, wenn alle – die EU-Organe, die nationalen Regierungen und die nationalen Parlamente – am selben Strang und in die gleiche Richtung ziehen. Wir müssen erneut zeigen, dass das in ausgewählten Bereichen, in denen gemeinsame Lösungen am dringendsten benötigt werden, möglich ist.

Deshalb schlage ich eine positive Agenda konkreter europäischer Maßnahmen für die nächsten zwölf Monate vor.

Denn ich glaube, dass die nächsten zwölf Monate entscheidend sind, wenn wir unsere Union wieder zusammenführen wollen. Wenn wir die tragische Spaltung, die in den vergangenen Monaten zwischen Ost und West eingetreten ist, überwinden möchten. Wenn wir zeigen wollen, dass wir in wirklich wichtigen Dingen schnell und entschlossen agieren können. Wenn wir der Welt beweisen wollen, dass Europa immer noch eine Kraft ist, die zu gemeinsamem Handeln fähig ist.

Wir müssen uns an die Arbeit machen.

Heute Morgen habe ich eine Erklärung mit dieser Botschaft an Präsident Schulz und an Premierminister Fico geschickt.

Die nächsten zwölf Monate werden entscheidend dafür sein, ein besseres Europa zu schaffen:

LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA, DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

ein Europa, das **beschützt**,
ein Europa, das die **europäische Lebensweise bewahrt**,
ein Europa, das die **Bürgerinnen und Bürger stärkt**,
ein Europa, das sich nach innen wie außen **verteidigt**, und
ein Europa, das **Verantwortung übernimmt**.

EIN EUROPA, DAS UNSERE LEBENSWEISE BEWAHRT

Ich bin davon überzeugt, dass es sich lohnt, für die europäische Art zu leben, einzutreten.

Manchmal habe ich den Eindruck, dass viele vergessen zu haben scheinen, was es bedeutet, Europäer zu sein.

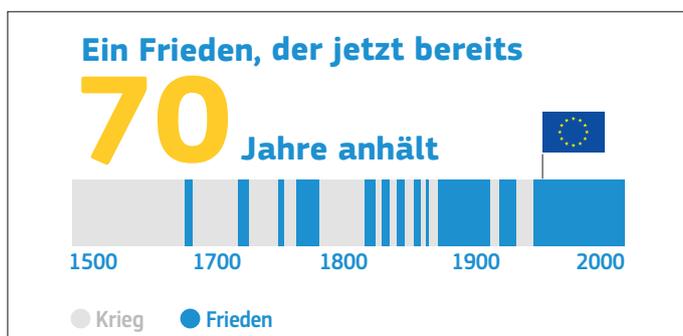
Was es bedeutet, Teil dieser **Union von Europäerinnen und Europäern** zu sein – was den Landwirt in Litauen mit der alleinerziehenden Mutter in Zagreb, der Krankenschwester in Malta oder dem Student in Maastricht verbindet.

Wir müssen uns daran erinnern, warum die europäischen Nationen beschlossen haben, zusammenzuarbeiten.

Wir müssen uns daran erinnern, warum eine Menschenmenge am 1. Mai 2004 in den Straßen Warschaus Solidarität gefeiert hat.

Wir müssen uns daran erinnern, warum die europäische Flagge am 1. Januar 1986 stolz auf der Puerta del Sol wehte.

Wir müssen uns daran erinnern, dass Europa eine treibende Kraft ist, die zur Wiedervereinigung Zyperns beitragen kann – ein Ziel, bei dem ich die beiden politisch Verantwortlichen Zyperns unterstütze.



Europa bedeutet vor allem **Frieden**. Es ist kein Zufall, dass die längste Friedensperiode in der europäischen Geschichte begonnen hat, als die Europäischen Gemeinschaften gegründet wurden.

Ein Frieden, der jetzt bereits 70 Jahre anhält – und das in einer Welt, in der rings um uns herum 40 bewaffnete Konflikte herrschen, die jedes Jahr 170 000 Menschenleben fordern.

Natürlich haben wir unsere Meinungsverschiedenheiten. Ja, wir haben sogar oft unterschiedliche Auffassungen. Manchmal streiten wir. Aber wir streiten mit Worten. Und wir lösen unsere Konflikte am Verhandlungstisch, nicht in Schützengräben.

LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA, DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

Das bedeutet, dass Arbeitnehmer **für gleiche Arbeit am gleichen Ort auch den gleichen Lohn** erhalten sollten. Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Deshalb stehen wir als Kommission hinter unserem Vorschlag für die Entsenderichtlinie. Der Binnenmarkt ist kein Ort, an dem osteuropäische Arbeitnehmer ausgebeutet werden oder für sie geringere Sozialstandards gelten dürfen. **Europa ist nicht der Wilde Westen, sondern eine soziale Marktwirtschaft.**

Zu den einheitlichen Rahmenbedingungen gehört ebenso, dass **Verbraucher in Europa vor Kartellen und Marktmissbrauch durch mächtige Unternehmen geschützt werden.** Und dass **alle Unternehmen – egal wie groß oder klein sie sind – dort Steuern zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften.** Das gilt auch für Wirtschaftsgiganten wie Apple, selbst wenn ihr Börsenwert höher ist als das BIP von 165 Staaten weltweit. In Europa nehmen wir es nicht hin, dass mächtige Unternehmen in Hinterzimmern illegale Steuerdeals aushandeln.

Dabei geht es uns gar nicht darum, in welcher Höhe ein Land wie Irland seine Steuern festsetzt. Irland hat das souveräne Recht, seine Steuersätze nach eigenem Belieben festzulegen. Aber es ist nicht richtig, dass ein Unternehmen Steuern umgehen kann, die irischen Familien, Unternehmen, Krankenhäusern und Schulen hätten zugutekommen können. **Die Kommission achtet auf diese Steuerfairness. Das ist die soziale Seite des Wettbewerbsrechts. Und genau dafür steht Europa.**

Wir Europäer stehen ferner für eine politische und gesellschaftliche Kultur, die unsere **Arbeitnehmer und unsere Unternehmen** in einer zunehmend globalisierten Welt **schützt.** So wie die vielen Tausend Arbeitnehmer, denen im belgischen Gosselies der Verlust ihres Arbeitsplatzes droht. Dank der EU-Gesetzgebung muss der Arbeitgeber jetzt in einen echten sozialen Dialog eintreten. Die Arbeitnehmer und die Behörden vor Ort können dabei auf die europäische Solidarität und Hilfe aus den EU-Fonds zählen.

Europäer sein heißt auch, für unsere **Stahlindustrie** einzutreten. Wir haben bereits 37 Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen in Kraft gesetzt, um unsere Stahlindustrie vor unfairem Wettbewerb zu schützen. Doch wir müssen mehr tun, wenn die Überproduktion in einigen Teilen der Welt europäische Stahlerzeuger vom Markt verdrängt. Deshalb habe ich das Thema der Überkapazitäten in diesem Jahr bereits zweimal bei Besuchen in China angesprochen. Deshalb hat die Kommission auch vorgeschlagen, die „Regel des niedrigeren Zolls“ zu ändern. Die Vereinigten Staaten erheben für Stahleinfuhren aus China einen Zoll von 265%, aber hier in Europa haben einige Regierungen jahrelang darauf gedrungen, die Zölle für chinesischen Stahl zu senken. Ich rufe alle Mitgliedstaaten und dieses Parlament dazu auf, die Kommission dabei zu unterstützen, wenn es darum geht, unsere handelspolitischen Schutzinstrumente zu stärken. **Wir sollten keine naiven Freihändler sein, aber wir sollten in der Lage sein, genauso kraftvoll zu reagieren wie die Vereinigten Staaten.**

Ein wichtiger Bestandteil unserer europäischen Art zu leben, die ich bewahren möchte, ist unser **Landwirtschaftssektor.** Die Kommission wird unseren Landwirten immer zur Seite stehen, insbesondere wenn sie wie jetzt durch schwierige Zeiten gehen. Im vergangenen Jahr wurde die Milchwirtschaft von einem Embargo getroffen, das von Russland verhängt wurde. Deshalb hat die



Europa wird seinen Landwirten immer beistehen.



Dieses Jahr hat unsere Milchwirtschaft eine EU-Sonderhilfe von 1 Mrd. EUR erhalten.



LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA, DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

Kommission 1 Mrd. EUR mobilisiert, um den Milchbauern zu helfen, wieder auf die Beine zu kommen. Für mich ist es nicht akzeptabel, dass Milch billiger ist als Wasser.

Für die meisten von uns gehört auch **der Euro** zum Europäisch sein dazu. In der weltweiten Finanzkrise ist unsere Gemeinschaftswährung stark geblieben, sie hat uns vor noch mehr Instabilität bewahrt. Der Euro ist eine führende Weltwährung, die große, oft unsichtbare wirtschaftliche Vorteile birgt. Die Staaten des Euroraums haben alleine dieses Jahr 50 Mrd. EUR an Zinsen gespart, dank der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. 50 Milliarden zusätzlich, die unsere Finanzminister in die Wirtschaft investieren können und sollten.

Dank der **Geldpolitik** der Europäischen Zentralbank haben die Mitgliedstaaten des Euroraums dieses



**Jahr 50
Milliarden Euro
gespart.**

Mario Draghi wahrt die Stabilität unserer Währung. Under tut mehr für Arbeitsplätze und Wachstum als viele unserer Mitgliedstaaten.

Ja, wir Europäer haben unter einer historischen Finanz- und Schuldenkrise gelitten. Aber zur Wahrheit gehört auch: Während die staatlichen Haushaltsdefizite im Euro-Raum 2009 noch durchschnittlich 6,3% betrugten, liegen sie heute unter 2%.

In den vergangenen drei Jahren haben fast 8 Millionen Menschen einen neuen Arbeitsplatz gefunden. Darunter allein mehr als 1 Million in Spanien – einem Land, das sich übrigens weiterhin in beeindruckender Weise von der Krise erholt.

Ich wünschte, an all das würde häufiger erinnert, wo immer gewählte Politiker in Europa das Wort ergreifen.

Denn in unserer nicht vollständigen Union kann europäische Führung nicht nationale Führung ersetzen.

Es ist also an den europäischen Nationen, die Gründe unserer europäischen Einheit zu verteidigen. Niemand kann das statt ihrer tun.

Nur sie können das.

Wir können vereint sein – auch wenn wir vielfältig sind.

Die großen, demokratischen Nationen Europas dürfen sich nicht vom Populismus verführen lassen.

Europa darf sich im Angesicht des Terrors nicht wegduckern.

Die Mitgliedstaaten müssen ein Europa bauen, das beschützt. Und wir, die europäischen Institutionen, müssen ihnen dabei helfen, dieses Versprechen zu erfüllen.

LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA, DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

EIN EUROPA, DAS STÄRKER MACHT

Die Europäische Union sollte nicht nur die europäische Art zu leben bewahren, sondern auch diejenigen bestärken, die sie leben.

Wir müssen für ein Europa arbeiten, das unseren Bürgerinnen und Bürgern und unserer Wirtschaft Chancen eröffnet – und diese liegen heute im **Digitalen**.

Digitale Technologien und digitale Kommunikation durchdringen heute unser gesamtes Leben.

Alles, was dafür nötig ist, ist ein Hochgeschwindigkeits-Internetanschluss. Wir müssen vernetzt sein. Unsere Wirtschaft ist darauf angewiesen und die Bürgerinnen und Bürger sind es auch.

Deshalb müssen wir jetzt in diese Vernetzung investieren.

Aus diesem Grund schlägt die Kommission heute eine Reform der europäischen Telekommunikationsmärkte vor. **Wir wollen einen neuen Rechtsrahmen schaffen, der Investitionen in Netze und Anschlüsse möglich und attraktiv macht.**

Unternehmen sollten ihre Investitionen in Europa für die nächsten 20 Jahre planen können. Denn wenn wir in neue Netze und Dienstleistungen investieren, dann bedeutet das mindestens 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze im nächsten Jahrzehnt.

Alle sollten vom Netzausbau profitieren.

Daher schlägt die Kommission heute vor, die Mobilfunktechnik der 5. Generation (5G) bis 2025 in ganz Europa auszurollen. Dadurch könnten weitere zwei Millionen neue Arbeitsplätze in der EU entstehen.

Wenn der Netzausbau allen zugutekommen soll, heißt das auch, dass es keine Rolle spielen darf, wo man lebt oder wie viel man verdient.

Der flächendeckende Ausbau des 5G-Netzes wird bis 2025 zur Schaffung von mehr als 2 Millionen Arbeitsplätzen beitragen.



Wir schlagen deshalb heute vor, bis 2020 die wichtigsten öffentlichen Orten jedes europäischen Dorfes und jeder europäischen Stadt mit **kostenlosem WLAN-Internetzugang** auszustatten.

Wenn die Welt digital wird, müssen wir auch unsere **Künstler und Kulturschaffenden fördern und ihre Werke schützen**. Künstler und Kulturschaffende sind unsere Kronjuwelen. Die Schöpfung von Inhalten ist kein Hobby, sondern ein Beruf. Und sie ist Teil unserer europäischen Kultur.

Ich möchte, dass Journalisten, Verlage und Urheber eine faire Vergütung für ihre Arbeit erhalten. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob ein Werk im Studio oder im Wohnzimmer entstanden ist, ob es offline oder online verbreitet wird, ob es über einen Drucker vervielfältigt oder per Hyperlink ins Netz gestellt wird.

LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA, DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

Unser heutiger Vorschlag für ein überarbeitetes **europäisches Urheberrecht** geht genau in diese Richtung.

Die Stärkung unserer Wirtschaft bedeutet nicht nur, in die Netzanbindung zu investieren, sondern auch in die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Deswegen braucht Europa massive Investitionen in seine jungen Menschen, in seine Arbeitsuchenden, in seine Start-up-Unternehmen.



Die 315 Mrd. EUR **Investitionsoffensive für Europa**, die wir vor gerade einmal zwölf Monaten in diesem Haus auf den Weg gebracht haben, hat im ersten Jahr ihres Bestehens bereits Investitionen in Höhe von 116 Mrd. EUR mobilisiert – von Lettland bis Luxemburg.

Mehr als 200 000 kleine Unternehmen und Start-up-Firmen in ganz Europa haben Darlehen erhalten. Über 100 000 neue

Arbeitsplätze wurden geschaffen. Dank des neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen, den ich vorgeschlagen habe, den meine Kommission entwickelt hat und den Sie hier im Europäischen Parlament unterstützt und in Rekordzeit angenommen haben.

Und jetzt wollen wir noch einen Schritt weiter gehen. Wir schlagen heute vor, die **Laufzeit des Fonds** und seine **Finanzierungskapazität zu verdoppeln**.

Mit Ihrer Unterstützung werden wir dafür sorgen, dass unser Europäischer Investitionsfonds **bis 2020** Investitionen von **insgesamt mindestens 500 Mrd. EUR – einer halben Billion** – mobilisieren wird. Und bis 2022 wollen wir sogar 630 Mrd. EUR erreichen. Wenn die Mitgliedstaaten mitziehen, können wir dieses Ziel natürlich noch schneller erreichen.

Parallel zur Mobilisierung privater Investitionen müssen wir auch ein günstiges Investitionsumfeld schaffen.

Europäischen Banken geht es heute viel besser als noch vor zwei Jahren – dank unserer gemeinsamen Bemühungen. Europa braucht seine Banken. Aber eine Wirtschaft, die sich fast ausschließlich auf Bankkredite stützt, ist schlecht für die Finanzstabilität. Sie ist auch schlecht für Unternehmen. Das haben wir in der Finanzkrise deutlich gesehen. Deswegen müssen wir dringend unsere Arbeit an der **Kapitalmarktunion** beschleunigen. Die Kommission legt Ihnen dazu heute einen konkreten Fahrplan vor.



Eine Kapitalmarktunion wird unser Finanzsystem widerstandsfähiger machen. Sie wird Unternehmen einen leichteren und diversifizierten Zugang zu Finanzmitteln bieten. Stellen Sie sich ein finnisches

LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA, DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

Start-up-Unternehmen vor, das kein Darlehen von der Bank bekommt. Bislang hat das Unternehmen in dieser Situation wenige Optionen. Die Kapitalmarktunion wird wichtige alternative Finanzierungsquellen wie Business Angels, Risikokapital und marktbasierende Finanzierung bieten, um Start-ups ihren Start zu erleichtern.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Vor fast einem Jahr haben wir einen Vorschlag gemacht, der es Banken erleichtert, Darlehen zu geben. Er hat das Potenzial, zusätzliche Finanzmittel von bis zu 100 Mrd. EUR für Unternehmen in der EU zu mobilisieren. Deswegen bitte ich Sie: Beschleunigen Sie das Verfahren zu seiner Annahme.

Unsere Investitionsoffensive hat in Europa alle Erwartungen übertroffen. Jetzt geben wir ihr eine globale Dimension. Damit entsprechen wir dem Wunsch vieler Mitglieder dieses Hauses und vieler Mitgliedstaaten.

Wir legen heute eine ehrgeizige **Investitionsoffensive für Afrika und die EU-Nachbarschaft** vor mit einem Investitionspotenzial von 44 Mrd. EUR. Wenn die Mitgliedstaaten mitmachen, können wir bis zu 88 Mrd. EUR erreichen.

Der Plan funktioniert nach dem gleichen Prinzip wie die europäische Investitionsoffensive: Wir werden öffentliche Mittel als Garantie einsetzen, um öffentliche und private Investitionen zu gewinnen, die Arbeitsplätze schaffen.

Die Offensive ist als Ergänzung zu unserer Entwicklungshilfe gedacht und setzt bei einer der Hauptursachen der Migration an. Das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern ist auf dem niedrigsten Stand seit 2003. Deswegen ist unser neuer Plan von so großer Bedeutung. Er wird Menschen Alternativen bieten, die sich andernfalls gezwungen sähen, auf der Suche nach einem besseren Leben den Tod zu riskieren.

Bei allen Investitionen in die Verbesserung der Lebensbedingungen in anderen Ländern müssen wir in die Bekämpfung humanitärer Krisen bei uns zuhause investieren. Das Allerwichtigste daran sind **Investitionen in unsere jungen Menschen**.

Ich kann und werde nicht akzeptieren, dass Europa der Kontinent der Jugendarbeitslosigkeit ist und bleibt.

Ich kann und werde nicht akzeptieren, dass die Millennium-Generation, die Generation Y, möglicherweise die erste Generation seit 70 Jahren ist, der es schlechter geht als ihren Eltern.

Dies ist natürlich in erster Linie Aufgabe der nationalen Regierungen. Aber die Europäische Union kann sie unterstützen. Das tun wir beispielsweise durch die **EU-Jugendgarantie**, die vor drei Jahren ins Leben gerufen wurde.

Meine Kommission hat die Wirksamkeit der Jugendgarantie verbessert und für eine rasche Umsetzung gesorgt. Mehr als **neun Millionen junger Menschen** haben bereits von dem Programm profitiert. Das



Dank der europäischen Jugendgarantie

haben mehr als 9 Millionen junge Menschen einen Arbeits-, Praktikums- oder Ausbildungsplatz erhalten.

LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA, DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

sind neun Millionen junge Menschen, die **dank der EU einen Arbeitsplatz, ein Praktikum oder eine Ausbildungsstelle** erhalten haben. Wir werden die europäische Jugendgarantie auch weiter verbreiten,



um die Kompetenzen der Europäerinnen und Europäer zu verbessern, und uns dabei auf die Regionen und Jugendlichen konzentrieren, die am dringendsten Unterstützung benötigen.

Wir unterstützen die jungen Europäer auch mit den Erasmus-Programmen, von denen schon 5 Millionen Studenten profitiert haben. So können junge Menschen sich in der EU über Grenzen hinweg bewegen, reisen, arbeiten, studieren und sich ausbilden. Durchschnittlich bekommt einer von drei Erasmus-Studenten

am Ende sogar von den Unternehmen, in denen er oder sie trainiert wurde, einen Job angeboten.

Und wir können noch mehr tun. Denn es gibt viele junge und sozial denkende Menschen in Europe, die sich in der Gesellschaft einbringen und Solidarität zeigen wollen – und wir können für sie die Möglichkeiten schaffen, dies zu tun.

Die Solidarität ist der Kitt, der unsere Union zusammenhält.

Sechzehn Mal kommt der Begriff „Solidarität“ in den Verträgen vor, die alle Mitgliedstaaten vereinbart und ratifiziert haben.

Unser europäischer Haushalt ist Beweis für die finanzielle Solidarität.

Beeindruckende Solidarität zeigen die Europäer bei der Durchsetzung gemeinsamer europäischer Sanktionen, wenn Russland gegen das Völkerrecht verstößt.

Der Euro ist ein Ausdruck der Solidarität.

Unsere Entwicklungspolitik sendet ein deutliches Zeichen der Solidarität nach außen.

Und auch in der Flüchtlingskrise haben wir Ansätze von Solidarität beobachten können. Ich bin überzeugt, wir brauchen noch sehr viel mehr Solidarität. Aber ich weiß auch, dass das nur freiwillig geht. Solidarität muss von Herzen kommen. Sie kann nicht erzwungen werden.

Oft sind wir am ehesten im Angesicht einer Notsituation zur Solidarität bereit.

Als die portugiesischen Wälder brannten, löschten italienische Flugzeuge die Flammen.

Als Überschwemmungen in Rumänien die Stromversorgung unterbrachen, sorgten schwedische Generatoren für Licht.

Als Tausende Flüchtlinge an den griechischen Küsten landeten, fanden sie Schutz in slowakischen Zelten.

In diesem Geiste schlägt die Kommission heute die Einrichtung eines **Europäischen Solidaritätskorps** vor. Junge Menschen aus der ganzen EU sollen als Freiwillige in Krisensituationen, wie beispielsweise der Flüchtlingskrise oder nach den jüngsten Erdbeben in Italien, dort Hilfe leisten können, wo sie am dringendsten gebraucht wird.

LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA, DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

Ich möchte, dass dieses Europäische Solidaritätskorps bis spätestens Ende des Jahres steht. Und bis 2020 sollen die ersten 100 000 jungen Europäerinnen und Europäer daran teilnehmen.

Durch ihr freiwilliges Engagement im Europäischen Solidaritätskorps werden diese jungen Menschen neue Kompetenzen erwerben und nicht nur Arbeitserfahrung, sondern auch wertvolle Lebenserfahrung sammeln.

EIN EUROPA, DAS VERTEIDIGT

Ein Europa, das beschützt, ist ein Europa, das sich und uns verteidigt – zu Hause und nach außen.

Wir müssen **uns gegen den Terrorismus verteidigen**.

Seit den Bombenanschlägen von Madrid im Jahr 2004 hat es in Europa mehr als 30 Terroranschläge gegeben – 14 davon allein im letzten Jahr. Über 600 unschuldige Menschen starben in Städten wie Paris, Brüssel, Nizza oder Ansbach.

Gemeinsam haben wir getrauert – gemeinsam müssen wir nun handeln.

Die barbarischen Verbrechen des letzten Jahres haben uns wieder einmal gezeigt, wofür wir kämpfen: die europäische Art zu leben. Im Angesicht des Schlimmsten, was die Menschheit hervorbringt, müssen wir unseren Werten und uns selbst treu bleiben. Wir, das sind demokratische, pluralistische, offene und tolerante Gesellschaften.

Der Preis für diese Toleranz darf jedoch nicht unsere Sicherheit sein.

Deswegen hat die Sicherheit für meine Kommission seit ihrem Amtsantritt oberste Priorität – wir haben Terrorismus und ausländische Kämpfer EU-weit unter Strafe gestellt und sind gegen die Verwendung von Schusswaffen und Terrorismusfinanzierung vorgegangen; wir haben mit Internetfirmen zusammengearbeitet, um terroristische Propaganda aus dem Internet zu löschen, und die Radikalisierung in europäischen Schulen und Gefängnissen bekämpft.

Aber es gibt noch viel zu tun.

Wir müssen wissen, wer über unsere Grenzen kommt.

Deswegen werden wir unsere Grenzen mit der neuen **Europäischen Grenz- und Küstenwache** schützen, die derzeit von Parlament und Rat formalisiert wird – nur neun Monate, nachdem die Kommission den entsprechenden Vorschlag vorgelegt hat. Über 600 Frontex-Bedienstete sind an der türkischen Grenze in Griechenland im Einsatz, mehr als 100 in Bulgarien. Jetzt sollten die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten eng zusammenarbeiten, um die neue Agentur so rasch wie möglich aufzubauen. **Ich möchte, dass ab Oktober mindestens 200 zusätzliche Grenzschutzbeamte und 50 zusätzliche Fahrzeuge an der bulgarischen Außengrenze im Einsatz sind.**

Schützen werden wir unsere Grenzen außerdem durch die strenge Kontrolle der Grenzübertritte. Die Vorschriften hierzu sollen bis Ende des Jahres verabschiedet werden. Jedes Mal, wenn **eine Person in die EU einreist oder sie verlässt**, werden Zeitpunkt, Ort und Grund der Reise aufgezeichnet.

LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA, DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

Bis November werden wir den Vorschlag für ein **Europäisches Reiseinformationssystem** vorlegen, ein automatisiertes System zur Erteilung von Einreisegenehmigungen in die EU. So werden wir wissen, wer nach Europa reist, noch bevor er oder sie ankommt.

Und wir alle brauchen diese Informationen. Wie oft haben wir in den letzten Monaten gehört, dass bestimmte Informationen in einer Datenbank eines Landes vorhanden waren, die Behörden eines anderen Landes, die sie hätten gebrauchen können, jedoch nie darauf zugreifen konnten?

Sicherheit an den Grenzen bedeutet auch, dass der Austausch von Informationen und nachrichtendienstlichen Erkenntnissen prioritär behandelt wird. Dazu werden wir **Europol** – die europäische Agentur zur Unterstützung der nationalen Strafverfolgungsbehörden – **stärken**, indem wir ihr einen besseren Zugang zu Datenbanken und zusätzliche Ressourcen geben. Eine Antiterrorismus-Einheit von derzeit 60 Personen ist nicht in der Lage, die rund um die Uhr benötigte Unterstützung zu bieten.

Ein Europa, das beschützt, verteidigt seine Interessen auch über seine Grenzen hinweg.

Die Faktenlage ist simpel: Die Welt wächst. Und wir schrumpfen.

Heute machen wir Europäer 8 % der Weltbevölkerung aus – 2050 werden es nur noch 5 % sein. Bis dahin werden Sie unter den führenden Wirtschaftsnationen der Welt kein einziges EU-Land mehr finden. Aber die EU gemeinsam? Wir wären immer noch einer der Spitzenreiter.



Unsere Feinde sähen es gern, wenn wir zerfielen.

Unsere Konkurrenten würden von unserer Spaltung profitieren.

Nur gemeinsam sind und bleiben wir eine Kraft, mit der man rechnen muss.

Doch selbst wenn Europa stolz darauf ist, eine weltgewichtige Soft Power zu sein, dürfen wir nicht naiv sein. **Mit zunehmenden Gefahren um uns herum reicht Soft Power allein nicht mehr aus.**

Denken Sie an den blutigen Konflikt um Syrien. Seine Folgen treffen Europa unmittelbar. In IS-Lagern ausgebildete Terroristen verüben Anschläge in unseren Städten. Doch wo ist die Union, wo sind ihre Mitgliedstaaten, wenn über eine Lösung verhandelt wird?

Federica Mogherini, unsere Hohe Vertreterin und meine Vizepräsidentin, leistet hervorragende Arbeit. Aber sie muss unsere Europäische Außenministerin werden, mit deren Hilfe alle diplomatischen Dienste – von kleinen wie großen Ländern gleichermaßen – ihre Kräfte bündeln, um in internationalen Verhandlungen mehr Einfluss zu erlangen. Deswegen fordere ich heute **eine Europäische Strategie für Syrien**. Federica gehört mit an den Verhandlungstisch, wenn über die Zukunft Syriens geredet wird. Damit Europa helfen kann, Syrien als friedliche Nation mit einer pluralistischen, toleranten Zivilgesellschaft wiederaufzubauen.

LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA, DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

Europa muss mehr Härte zeigen. Dies gilt vor allem in unserer **Verteidigungspolitik**.

Europa kann es sich nicht mehr leisten, militärisch im Windschatten anderer Mächte zu segeln oder Frankreich in Mali allein zu lassen.

Wir müssen die Verantwortung dafür übernehmen, unsere Interessen und die europäische Art zu leben zu verteidigen.



In den letzten zehn Jahren haben wir uns in über 30 zivilen und militärischen EU-Missionen von Afrika bis Afghanistan engagiert. Doch ohne dauerhafte Struktur können wir nicht wirksam agieren. Dringende Operationen verzögern sich. Wir haben getrennte Hauptquartiere für parallele Einsätze, selbst wenn sie im selben Land oder in derselben Stadt stattfinden. Es ist an der Zeit, dass wir für diese Operationen ein **gemeinsames Hauptquartier** einrichten.

Außerdem sollten wir uns auf gemeinsame militärische Mittel hinbewegen, die in einigen Fällen auch der EU gehören sollten. Selbstverständlich in uneingeschränkter Komplementarität mit der NATO.

Rein wirtschaftlich ist die Sache klar. Die fehlende Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen kostet Europa alljährlich zwischen 25 Mrd. und 100 Mrd. EUR – je nach Bereich. Gelder, die wir anders so viel besser einsetzen könnten.

Machbar ist es. Eine multinationale Lufttankerflotte bauen wir bereits auf. Lassen Sie es uns in anderen Bereichen genauso machen.

Eine starke europäische Verteidigung braucht eine innovative europäische Rüstungsindustrie. Deshalb werden wir noch vor Jahresende einen **Europäischen Verteidigungsfonds** vorschlagen, der unserer Forschung und Innovation einen kräftigen Schub verleiht.

Der Vertrag von Lissabon gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, ihre Verteidigungsfähigkeiten in Form einer **ständigen strukturierten Zusammenarbeit** zu bündeln, so sie dies wollen. Ich denke, jetzt ist der richtige Zeitpunkt, diese Möglichkeit zu nutzen. Und ich hoffe, dass wir bei unserem Treffen zu 27. in wenigen Tagen in Bratislava den ersten politischen Schritt in diese Richtung tun können.

Denn nur wenn Europa zusammenarbeitet, wird es in der Lage sein, sich nach innen wie nach außen zu verteidigen.

LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA, DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

EIN EUROPA, DAS VERANTWORTUNG ÜBERNIMMT

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich über Verantwortung sprechen. Über die Verantwortung für den Aufbau eines Europas, das seine Bürger beschützt.

Ich rufe alle EU-Institutionen und all unsere Mitgliedstaaten auf, Verantwortung zu übernehmen.

Die alte Leier, dass Erfolg national und Misserfolg europäisch ist, muss ein Ende haben. Sonst wird unser gemeinsames Projekt nicht überleben.

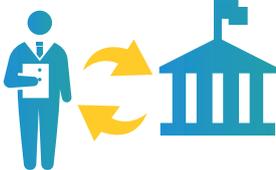
Wir müssen uns den Sinn und Zweck unserer Union wieder vergegenwärtigen. Deshalb rufe ich jeden Einzelnen der 27 Staats- und Regierungschefs, die den Weg nach Bratislava antreten, auf, sich **drei Gründe zu überlegen, warum wir die Europäische Union brauchen**. Drei Dinge, die sie bereit sind zu verteidigen und dafür auch die Verantwortung zu übernehmen. Und für die sie dann auch rasch Taten folgen lassen.

Die Langsamkeit, mit der Versprechen eingelöst werden, droht die Glaubwürdigkeit der Union mehr und mehr zu untergraben. Denken Sie an das Übereinkommen von Paris. Wir Europäer sind Weltführer beim **Klimaschutz**. Das erste rechtsverbindliche globale Klimaschutzabkommen wurde von Europa vermittelt. Die Koalition der Ambitionierten, die die Einigung in Paris erst ermöglicht hat, wurde von Europa geschmiedet. Doch gegenwärtig hat Europa Mühe, seine Vorreiterrolle zu behaupten und unter den ersten zu sein, die unser Übereinkommen ratifizieren. Bisher haben nur Frankreich, Österreich und Ungarn das Abkommen ratifiziert.

Ich fordere alle Mitgliedstaaten und dieses Parlament auf, das ihre zu tun, und zwar in den nächsten Wochen, nicht in den nächsten Monaten. Wir müssen schneller werden. Lassen Sie uns das Pariser Übereinkommen ratifizieren – jetzt. Machbar ist es. Es ist eine Frage des politischen Willens. Und es geht dabei um den Einfluss Europas in der Welt.

Auch die Europäischen Institutionen müssen Verantwortung übernehmen.

Im vergangenen Jahr haben die Kommissionsmitglieder den nationalen Parlamenten über **350 Besuche** abgestattet und **Europa so den Bürgerinnen und Bürgern** und ihren gewählten Vertretern **näher gebracht**.



Ich habe jedes einzelne Mitglied meiner Kommission gebeten, in den nächsten beiden Wochen in den nationalen Parlamenten der Länder, die sie am besten kennen, über die Lage der Union zu diskutieren. Seit Beginn meiner Amtszeit haben meine Kommissionsmitglieder **den nationalen Parlamenten über 350 Besuche abgestattet**. Ich möchte, dass sie dies in Zukunft noch häufiger tun. Denn Europa kann nur mit den Mitgliedstaaten aufgebaut

werden, niemals gegen sie.

Verantwortung übernehmen heißt auch anerkennen, dass manches nicht von uns zu entscheiden ist. Es geht nicht an, dass die Kommission von Parlament und Rat zu einer Entscheidung gezwungen wird, wenn sich die EU-Länder untereinander nicht einigen können, ob sie die Verwendung von **Glyphosat**

LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA, DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

in **Pflanzenschutzmitteln** verbieten wollen oder nicht.

Daher werden wir diese Regeln ändern – denn das ist keine Demokratie.

Die Kommission muss Verantwortung übernehmen, indem sie politisch ist, nicht technokratisch.

Eine politische Kommission ist eine Kommission, die dem Europäischen Parlament zuhört, die allen Mitgliedstaaten zuhört und die den Menschen zuhört.

Dieses Zuhören hat meine Kommission veranlasst, in den ersten beiden Jahren ihrer Amtszeit 100 Vorschläge zurückzuziehen, 80 % weniger Initiativen vorzulegen als in den vergangenen 5 Jahren und alle bestehenden Rechtsvorschriften einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen. Denn nur wenn wir uns auf die Bereiche konzentrieren, in denen Europa einen echten Mehrwert erbringen und etwas bewirken kann, wird es uns gelingen, ein besseres Europa zu schaffen und Vertrauen zurückzugewinnen.

Politisch zu sein heißt auch, technokratische Fehler sofort zu bereinigen. Die Kommission, das Parlament und der Rat haben gemeinsam beschlossen, die **Roaming-Gebühren** abzuschaffen. Dieses Versprechen werden wir halten. Nicht nur für Geschäftsleute, die zwei Tage ins Ausland reisen. Nicht nur für Urlauber, die zwei Wochen in der Sonne verbringen. Sondern für alle Grenzgänger. Und für die Millionen von Erasmus-Studenten, die ein oder zwei Semester im Ausland verbringen. Deshalb habe ich einen Entwurf, den ein wohlmeinender Beamter über den Sommer formuliert hatte, zurückgezogen. Technisch war daran nichts auszusetzen. Doch der wesentliche Punkt unseres Versprechens war darin nicht enthalten. Und so werden Sie nächste Woche nun einen neuen, besseren Entwurf zu Gesicht bekommen. Roaming sollte sein wie zu Hause sein.

Politisch zu sein, erlaubt es uns auch, den **Stabilitäts- und Wachstumspakt** mit gesundem Menschenverstand anzuwenden. Die Schaffung des Pakts war von Theorie bestimmt. Seine Anwendung ist für viele zur Doktrin geworden. Für einige ist der Pakt heute ein Dogma. Theoretisch müsste ein Land bestraft werden, wenn sein Schuldenstand auch nur um einen Punkt hinter dem Komma über 60 Prozent liegt. Aber in der Realität müssen wir darauf blicken, welche Gründe hinter der Verschuldung liegen. Wir sollten versuchen, laufende Reformanstrengungen zu unterstützen und nicht zu bestrafen. Dafür brauchen wir verantwortungsvolle Politiker. Und wir werden den Pakt auch weiterhin nicht dogmatisch, sondern mit gesundem Menschenverstand und der Flexibilität umsetzen, die wir wohlweislich in das Regelwerk eingebaut haben.

In den ersten beiden Jahren ihrer Amtszeit hat die Kommission **100 Vorschläge zurückgezogen** und **80 % weniger Initiativen vorgelegt** als in den vorangehenden 5 Jahren.



LAGE DER UNION 2016

HIN ZU EINEM BESSEREN EUROPA – EINEM EUROPA, DAS SCHÜTZT, STÄRKT UND VERTEIDIGT

Verantwortung zu übernehmen bedeutet schließlich auch, dass wir uns gegenüber den Wählerinnen und Wählern zu verantworten haben. Deshalb werden wir vorschlagen, die absurde Regelung zu ändern, wonach Kommissionsmitglieder ihr Amt niederlegen müssen, wenn sie bei Wahlen zum Europäischen Parlament antreten wollen. Die deutsche Bundeskanzlerin, der tschechische, dänische oder estnische Premierminister lassen ihr Amt auch nicht ruhen, wenn sie sich zur Wiederwahl stellen. Ebenso wenig sollte dies von einem Kommissionsmitglied verlangt werden. Wenn wir eine Kommission wollen, die den Anforderungen der realen Welt gerecht wird, sollten wir die Kommissionsmitglieder ermutigen, die nötige Begegnung mit der Demokratie zu suchen. Und ihnen keine Steine in den Weg legen.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich bin genauso jung wie das Europäische Projekt, das im kommenden März 60 wird.

Mein ganzes Leben lang habe ich für dieses Projekt gelebt und gearbeitet.

Mein Vater glaubte an Europa, weil er an Stabilität, an die Rechte der Arbeitnehmer und an sozialen Fortschritt glaubte.

Weil er nur allzu gut wusste, dass der Frieden in Europa kostbar war – und fragil.

Ich glaube an Europa, weil mein Vater mir diese Werte vermittelt hat.

Aber was vermitteln wir unseren Kindern heute? Was werden wir ihnen hinterlassen? Eine Union, die in Zwietracht auseinanderbricht? Eine Union, die ihre Vergangenheit vergessen und keine Vision für die Zukunft hat?

Unsere Kinder haben etwas Besseres verdient.

Ein Europa, das ihre Art zu leben schützt und erhält.

Ein Europa, das sie stärker macht und verteidigt.

Ein Europa, das sie beschützt.

Es ist an der Zeit, dass wir alle – die EU-Institutionen, die Regierungen, die Bürgerinnen und Bürger – die Verantwortung dafür übernehmen, dieses Europa aufzubauen. Gemeinsam.

LAGE DER UNION 2016

ABSICHTSERKLÄRUNG AN PRÄSIDENT MARTIN SCHULZ
UND MINISTERPRÄSIDENT ROBERT FICO

LAGE DER UNION 2016

ABSICHTSERKLÄRUNG AN PRÄSIDENT MARTIN SCHULZ UND MINISTERPRÄSIDENT ROBERT FICO

Straßburg, 14. September 2016

Sehr geehrter Herr Präsident Schulz,

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Fico,

wir stehen vor entscheidenden Weichenstellungen für die Bürgerinnen und Bürger Europas, unsere Mitgliedstaaten und die gesamte Europäische Union.

Seit ihrem Amtsantritt hat diese Europäische Kommission darauf hingewiesen, dass wir außergewöhnliche Zeiten durchleben. Wir stehen vor zahlreichen Herausforderungen: Wir müssen die Wirtschaft in einer Weise wiederbeleben, die allen und speziell den schwächeren Teilen der Gesellschaft zugutekommt; die Arbeitslosigkeit, vor allem unter den Jugendlichen, senken; die Gerechtigkeit und soziale Dimension des Binnenmarktes stärken; die Migrationsströme wirksam steuern und unsere Außengrenzen effizient verwalten; die Sicherheit mit Blick auf terroristische Bedrohungen erhöhen; Antworten auf die Instabilität in den Nachbarländern im Osten und Süden der Union finden; Europas gemeinsame Verteidigungskapazitäten stärken; Europas Fähigkeit, auf der internationalen Bühne mit einer Stimme zu sprechen und als starker Akteur aufzutreten, verbessern und dem Aufkeimen jedweder Art von Extremismus, der mit unseren europäischen Grundwerten unvereinbar ist, einen Riegel vorschieben.

Auch wenn das Ergebnis des britischen Referendums Folgen für uns alle hat, darf es nicht unsere Agenda für die nächsten Jahre beherrschen. Wir haben eine positive Reformagenda vor uns, mit der wir unsere Union stärken, die Herausforderungen unserer Zeit entschlossen angehen und ein besseres Europa schaffen wollen, das den Bürgerinnen und Bürgern mehr Einfluss verschafft und sie dort schützt, wo es notwendig ist. Wir müssen nach vorn schauen und in dem Wissen um die Dringlichkeit effektiv, entschlossen und vor allem geeint handeln.

Zum 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge im März 2017 werden wir der Gründungsväter der Europäischen Union gedenken, die für die Gemeinschaftsmethode eingetreten sind, und wir werden – was noch wichtiger ist – unseren Blick nach vorn richten und uns bemühen, den Erwartungen der heutigen Generation und ihrer Kinder gerecht zu werden. Denn sie sind die Zukunft unserer Union.

Die in den politischen Leitlinien der Europäischen Kommission dargelegten zehn Prioritäten, die sich an der „Strategischen Agenda für die Union in Zeiten des Wandels“ des Europäischen Rates orientieren und nach Gesprächen mit dem Europäischen Parlament am 15. Juli 2014 der Öffentlichkeit vorgestellt wurden, bilden nach wie vor die Leitschnur, an der sich unsere gemeinsame Arbeit orientieren muss. 2014 haben wir gemeinsam eine neue Agenda für Wachstum und Beschäftigung auf den Weg gebracht; unser Anliegen war es, mit Ehrgeiz an die großen Dinge heranzugehen und uns bei Themen, die bei den Mitgliedstaaten besser aufgehoben sind, zurückzuhalten. Wir haben deutlich gemacht, dass dies nicht die Zeit für „Business as usual“ ist. Ein solches Vorgehen ist, wenn man den Bürgern in ganz Europa genauer zuhört, heute mehr denn je geboten, wenn wir die gemeinsamen Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen, meistern wollen.

Wenn wir uns auf die großen Themen konzentrieren, können wir auf wichtigen Gebieten greifbare Ergebnisse erzielen. Etwas mehr als ein Jahr, nachdem der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) – das Kernstück der Investitionsoffensive für Europa – auf den Weg gebracht wurde,

LAGE DER UNION 2016

ABSICHTSERKLÄRUNG AN PRÄSIDENT MARTIN SCHULZ UND MINISTERPRÄSIDENT ROBERT FICO

wird der Fonds bereits in 26 Mitgliedstaaten genutzt und hat neue Investitionen in Höhe von insgesamt 116 Mrd. EUR mobilisiert. Wir haben die Finanzierung innovativer Projekte unterstützt, so dass dank des EFSI jetzt mehr als 200 000 kleine und mittlere Unternehmen (KMU) Zugang zu neuem Kapital erhalten haben.

Wir haben deutliche Fortschritte dabei gemacht, die irregulären Migrationsströme wieder besser steuern zu können und die Tragödien täglich im Mittelmeer und in der Ägäis sterbender Menschen zu beenden. Gleichzeitig hat Europa Solidarität mit einer Million syrischer Flüchtlinge gezeigt und ihnen Zuflucht geboten. Im vergangenen Jahr haben wir darüber hinaus mehr als 13 000 Flüchtlinge umverteilt oder neu angesiedelt. Das ist eindeutig zu wenig und kann nur ein Anfang sein. Wir müssen diese Anstrengungen jetzt fortsetzen und verstärken, denn Solidarität und Verantwortung gehen Hand in Hand.

Wenn wir Schengen erhalten und unsere Freizügigkeit innerhalb der Union bewahren wollen, müssen wir unsere Außengrenzen wirksam schützen. Die Einigung über die Verordnung zur Europäischen Grenz- und Küstenwache, die gerade formalisiert wird, beweist, dass wir in der Lage sind, schnelle Entscheidungen zu treffen. Ihre rasche und effiziente Umsetzung sollte für uns jetzt Vorrang haben, damit die Europäische Grenz- und Küstenwache ihre Arbeit aufnehmen und in den kommenden Wochen ihre ersten Missionen an der bulgarisch-türkischen und der griechisch-türkischen Grenze durchführen kann. Ferner sollten die Kommissionsvorschläge vom 6. April zu einem neuen Ein- bzw. Ausreisensystem, die ein wichtiger Beitrag zu unserer gemeinsamen Sicherheit sind, vom Europäischen Parlament und vom Rat angenommen und zügig bis Ende 2016 umgesetzt werden.

Ein gemeinsames Bekenntnis zu zeitnahen Beschlüssen und einer zügigen Umsetzung ist auch in anderen Bereichen vonnöten. Nach den jüngsten Terroranschlägen auf europäischem Boden hat die Kommission mit Blick auf eine funktionierende und effektive Sicherheitsunion eine Reihe wichtiger Maßnahmen und Initiativen vorgeschlagen, wie zum Beispiel eine Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung, Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung sowie strengere Kontrollen von Schusswaffen. Diese Vorschläge müssen jetzt, ohne Abstriche bei den ehrgeizigen Zielsetzungen zu machen, angenommen werden.

In diesem Jahr haben alle drei Organe in einer neuen Interinstitutionellen Vereinbarung formell vereinbart, dass wir unsere Politik nach den Grundsätzen einer besseren Rechtsetzung gestalten. Die Kommission sieht darin eine gemeinsame Verpflichtung der drei Organe, sich auf die großen und dringenden Themen zu konzentrieren und zu versuchen, einfache, faktengestützte, berechenbare und verhältnismäßige Vorschriften zu formulieren, die ihren Zweck erfüllen und Bürgern und Unternehmen maximalen Nutzen bringen.

Als Beitrag dazu legt die Kommission heute einen Bericht über den aktuellen Stand der Umsetzung unserer Agenda für eine bessere Rechtsetzung seit Beginn ihrer Amtszeit vor. Der Bericht veranschaulicht, wie wir die Grundsätze der besseren Rechtsetzung in allen unseren Arbeitsbereichen anwenden. Gemäß unserem Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) werden wir anhand konkreter, genau überprüfter Daten in unserem Arbeitsprogramm für 2017 Bereiche vorschlagen können, in denen die EU-Rechtsvorschriften weiter verbessert und vereinfacht werden können.

Schließlich haben die Präsidenten der drei Organe ganz im Sinne unserer neuen Interinstitutionellen Vereinbarung erstmals vereinbart, bis Ende dieses Jahres eine gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen. Ausgehend vom Arbeitsprogramm der Kommission werden darin die allgemeinen Ziele und Prioritäten für

LAGE DER UNION 2016

ABSICHTSERKLÄRUNG AN PRÄSIDENT MARTIN SCHULZ UND MINISTERPRÄSIDENT ROBERT FICO

2017 formuliert und die politisch wichtigen Themen benannt, die im Gesetzgebungsverfahren vorrangig behandelt werden sollten. Wir sehen dies als einen sehr wichtigen Prozess an, der unsere Union in die Lage versetzt, dort zu handeln und Ergebnisse zu liefern, wo es am dringendsten notwendig ist. In diesen Zeiten, in denen sich unser Kontinent nie gekanntes Herausforderungen gegenübersteht, ist es wichtiger denn je, dass die Institutionen geeint und entschlossen vorgehen. Vor diesem Hintergrund und zur Untermauerung der Dringlichkeit, auf die der Präsident in seiner Rede zur Lage der Union hingewiesen hat, legt die Kommission heute eine Reihe wichtiger Initiativen in den Bereichen Sicherheit, Investitionen, digitaler Binnenmarkt und Kapitalmarktunion vor, durch die unsere gemeinsamen Prioritäten zur Bewältigung der größten und drängendsten Herausforderungen noch besser und schneller umgesetzt werden. Diese Initiativen sind für uns von größter politischer Bedeutung und müssen in den kommenden Wochen und Monaten vorrangig behandelt werden.

Die vorliegende Absichtserklärung ist der Ausgangspunkt für unseren interinstitutionellen Dialog über die Prioritäten für das nächste Jahr. Sie ist auch ein Beitrag zu den Gesprächen anlässlich des informellen Treffens der Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten in Bratislava.

Ergänzend zur Rede zur Lage der Union haben wir nachstehend eine vorläufige Liste der wichtigsten von der Kommission bis Ende 2017 geplanten Initiativen zusammengestellt und die zentralen Bereiche aufgeführt, in denen das Europäische Parlament und der Rat vorrangig tätig werden müssen, damit sich die Vorschläge in konkrete Ergebnisse ummünzen lassen – denn es ist wichtig, dass alle drei Organe und die Mitgliedstaaten an einem Strang ziehen, wenn wir wollen, dass die Union konkrete Ergebnisse liefert.

Priorität 1: Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen

- ***** Investitionspaket: Ausweitung und Stärkung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI 2.0) und Ergänzung durch eine externe Investitionsoffensive, die dazu beitragen soll, die Hauptursachen der Migration zu bekämpfen, indem neue Investitionen für Europas Nachbarländer und insbesondere für Afrika gewonnen werden** (die Kommission legt dazu heute konkrete Vorschläge vor).
- ***** Ein ergebnisorientierter Haushalt, der den Problemen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung trägt: Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens** (die Kommission legt dazu heute konkrete Vorschläge vor) **und zu gegebener Zeit Vorlage eines detaillierten Vorschlags für einen neuen Rahmen für die Zeit nach 2020, auch zu den Eigenmitteln;**
- Europäisches Semester der wirtschaftspolitischen Koordinierung 2017: Ankurbelung von Investitionen, Schaffung gesunder öffentlicher Finanzen und Durchführung von Strukturreformen unter Wahrung des entsprechenden Maßes an Flexibilität im Stabilitäts- und Wachstumspakt, das die Kommission im Januar 2015 identifiziert hat.
- ***** Beschäftigungsinitiative für junge Menschen: intensivere Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Modernisierung der Grund- und Hochschulbildung, weiterer Ausbau der EU-Jugendgarantie und Förderung europäischer Lösungen wie etwa des Europäischen Freiwilligendienstes, der Mobilität von Auszubildenden und der Schaffung eines Europäischen Solidaritätskorps.**

LAGE DER UNION 2016

ABSICHTSERKLÄRUNG AN PRÄSIDENT MARTIN SCHULZ UND MINISTERPRÄSIDENT ROBERT FICO

- Zügige Annahme des Pakets zur Kreislaufwirtschaft von 2015 durch die beiden gesetzgebenden Organe, darunter der Vorschriften zur Abfallbewirtschaftung, und Weiterbearbeitung des Aktionsplans zur Kreislaufwirtschaft.
- Modernisierung und Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik, so dass sie den größtmöglichen Beitrag zu den politischen Prioritäten der Kommission leistet und den Zielen der nachhaltigen Entwicklung dient.

Priorität 2: Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt

- ***** Rasche Annahme aller Vorschläge zur Vollendung des digitalen Binnenmarkts durch die Mitgesetzgeber: Grenzüberschreitende Portabilität von Online-Inhaltediensten im Binnenmarkt, Vorschläge zu digitalen Verträgen, Vorschläge zur Vorbeugung ungerechtfertigten Geoblockings, aktualisierter Rechtsrahmen für den audiovisuellen Bereich, Reform der Telekommunikations- und Urheberrechtsvorschriften sowie Einführung eines WiFi4EU-Gutscheinsystems für lokale Behörden** (die Kommission legt dazu heute konkrete Vorschläge vor).
- Mehrwertsteuerpaket im Rahmen der Strategie für den digitalen Binnenmarkt (MwSt für den elektronischen Geschäftsverkehr, elektronische Veröffentlichungen, E-Books), um den aus den unterschiedlichen MwSt-Systemen resultierenden Verwaltungsaufwand durch die Modernisierung der aktuellen MwSt-Vorschriften für den elektronischen Handel zu verringern.
- Datenwirtschaftspaket im Rahmen der Strategie für den digitalen Binnenmarkt (Überprüfung der e-Datenschutz-Richtlinie, Mitteilung über den freien Datenfluss), um den Besitzstand an die neuen allgemeinen Datenschutzbestimmungen anzupassen und einen klaren EU-Rahmen zu schaffen, der bei Rechtsunsicherheit im Zusammenhang mit neuen Informationstechnologien Klarheit bietet und ungerechtfertigte Hindernisse für den Datenverkehr in Europa beseitigt.

Priorität 3: Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik

- ***** Zügige Ratifizierung des Pariser Klimaschutzabkommens durch die EU und die Mitgliedstaaten.**
- ***** Rasche Annahme der Vorschläge zur Energieunion und zum Klimawandel durch die Mitgesetzgeber. Diese Vorschläge beziehen sich zum Beispiel auf das Paket zur Sicherheit der Gasversorgung, auf das Emissionshandelssystem der EU und damit zusammenhängende Vorschriften über Lastenteilung, Landnutzung und Forstwirtschaft.**
- Umsetzung der Strategie für die Energieunion: Modernisierung der Wirtschaft, um Beschäftigung und Wachstum in Europa zu fördern, indem der Energieeffizienz Priorität eingeräumt und alles darangesetzt wird, dass Europa weltweit die Nummer eins bei den erneuerbaren Energien wird.
- Umsetzung der Strategie für emissionsarme Mobilität: Steigerung der Effizienz des Verkehrssystems, indem dem Mobilitätsbedarf von Menschen und Gütern Rechnung getragen und der Übergang zu emissionsfreien Fahrzeugen vorangetrieben wird, während die Wettbewerbsfähigkeit Europas gewahrt bleibt.

LAGE DER UNION 2016

ABSICHTSERKLÄRUNG AN PRÄSIDENT MARTIN SCHULZ UND MINISTERPRÄSIDENT ROBERT FICO

- *Rasche Annahme aller anstehenden Rechtsvorschriften im Bereich Luftfahrt durch die Mitgesetzgeber, so zum Beispiel des Vorschlags zur Stärkung der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) und des Vorschlags für einen Rechtsrahmen für zivile Drohnen sowie der Folgemaßnahmen zur Luftfahrtstrategie.*

Priorität 4: Ein vertiefter und gerechterer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis

- ***** Zügige Umsetzung des Aktionsplans für die Kapitalmarktunion, um Investitionen zu erleichtern, Finanzierungsquellen für Unternehmen in der EU *auszubauen und zu diversifizieren* und die *Finanzstabilität durch private Risikoteilung zu erhöhen; in diesen Bereich fällt auch ein Vorschlag zur Unternehmensinsolvenz, mit dem Umstrukturierungen erleichtert werden und Unternehmen eine zweite Chance erhalten sollen* (eine Mitteilung der Kommission mit einer Maßnahmenliste und einem Fahrplan wird heute vorgestellt). Rasche Annahme aller anstehenden Maßnahmen durch die Mitgesetzgeber.**
- ***** *Neuaufgabe des Vorschlags für eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) mit einem neuen Konzept, das einen Legislativvorschlag über eine obligatorische gemeinsame Bemessungsgrundlage als ersten und die Konsolidierung als letzten Schritt vorsieht, um das Unternehmensumfeld für grenzüberschreitend tätige Unternehmen zu verbessern und eine faire und effiziente Besteuerung von großen Unternehmen in ganz Europa sicherzustellen.***
- *Zügige Umsetzung der Binnenmarktstrategie, um Investitionshindernisse zu beseitigen, damit der Binnenmarkt reibungslos funktionieren und Vorteile für Verbraucher und Unternehmen bringen kann. Rasche Annahme aller anstehenden Maßnahmen durch die Mitgesetzgeber.*
- *Weiterverfolgung des Mehrwertsteueraktionsplans, um den Weg zu einem robusten einheitlichen europäischen Mehrwertsteuerraum zu ebnen, der eine effizientere und betrugssichere endgültige Mehrwertsteuerregelung in Europa gewährleisten wird. Mit Hilfe dieses Aktionsplans, der auch politische Optionen für eine Modernisierung der EU-Vorschriften für Mehrwertsteuersätze aufzeigt, soll das Mehrwertsteuersystem an die digitale Wirtschaft und die Bedürfnisse von KMU angepasst werden.*
- *Weiterverfolgung der Weltraumstrategie für Europa: Sicherstellung zuverlässiger, sicherer und kosteneffizienter Satellitenkommunikationsdienste für Unternehmen aus der EU sowie nationale Behörden und Infrastrukturen.*
- *Weiterverfolgung der Ergebnisse des Programms REFIT und Modernisierung der bestehenden Rechtsvorschriften über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, um die Arbeitnehmer durch bessere Umsetzung, einen aktualisierten Rechtsrahmen und einen stärkeren Schutz gegen eine Gefährdung durch Karzinogene und Mutagene besser zu schützen.*
- *Rasche Annahme der Richtlinie über die Transparenz der Unternehmensbesteuerung durch die Mitgesetzgeber.*

LAGE DER UNION 2016

ABSICHTSERKLÄRUNG AN PRÄSIDENT MARTIN SCHULZ
UND MINISTERPRÄSIDENT ROBERT FICO

Priorität 5: Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion

- ***** Rasche Annahme des Vorschlags für eine Verordnung über ein europäisches Einlagenversicherungssystem durch die beiden gesetzgebenden Organe und die Fortführung der Arbeiten zur Risikominderung in der Bankenunion und darüber hinaus.**
- ***** Vorstellung der europäischen Säule der sozialen Rechte und damit zusammenhängender Initiativen wie der Initiative zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.**
- ***** Plädoyer (in der nächsten Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets) für einen positiven fiskalpolitischen Kurs des Euro-Währungsgebiets, mit dem die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank unterstützt wird.**
- Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden: Weißbuch über die Zukunft der WWU zur Vorbereitung der Stufe 2 der Vertiefung der WWU im politischen und demokratischen Kontext einer EU der 27 (März 2017) einschließlich einer stabilitätsorientierten Überprüfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts nach Artikel 16 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Überführung des Inhalts dieses Vertrags in den Rechtsrahmen der Europäischen Union/Gemeinschaftsmethode).

Priorität 6: Ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten von Amerika

- Fortsetzung der Arbeiten im Hinblick auf den Abschluss der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft mit den USA.
- ***** Zügige Ratifizierung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens mit Kanada, das sich auf gemeinsame Werte der EU und Kanadas stützt und ein überarbeitetes System zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten vorsieht, das EU-Forderungen berücksichtigt.**
- Fortsetzung und Abschluss laufender bilateraler Verhandlungen (z. B. mit Japan) und Aufnahme von Verhandlungen mit Australien, Chile und Neuseeland.
- Zügige Ratifizierung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Singapur.
- ***** Stärkung unserer europäischen handelspolitischen Schutzinstrumente, wie 2013 von der Kommission vorgeschlagen, einschließlich der Reform der Regel des niedrigeren Zolls.**
- Maßnahmen gegen Überkapazitäten im internationalen Stahlhandel.
- Ausgewogenes Umgehen mit dem Auslaufen einiger Bestimmungen des Beitrittsprotokolls Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO), vor allem durch Aufrechterhaltung starker Antidumping-Instrumente, um europäische Arbeitsplätze gegen unfairen Wettbewerb zu schützen.

LAGE DER UNION 2016

ABSICHTSERKLÄRUNG AN PRÄSIDENT MARTIN SCHULZ
UND MINISTERPRÄSIDENT ROBERT FICO

Priorität 7: Ein auf gegenseitiges Vertrauen gestützter Raum des Rechts und der Grundrechte

- ***** Verstärkte Umsetzung der Sicherheitsagenda, insbesondere Weichenstellung für eine echte und wirksame Sicherheitsunion und bessere Nutzung aller bestehenden Instrumente.**
- ***** Vorschlag für ein EU-weites Reiseinformations- und Genehmigungssystem (ETIAS)** (eine diesbezügliche Mitteilung der Kommission wird heute vorgestellt).
- ***** Stärkung von Europol und Verbesserung des Informationsaustauschs mit Blick auf die Terrorismusbekämpfung** (eine diesbezügliche Mitteilung der Kommission wird heute vorgestellt).
- ***** Angleichung der Datenschutzvorschriften an die neuen allgemeinen Datenschutzvorschriften im Falle einer Datenverarbeitung durch die EU-Institutionen.**
- ***** Entwicklung neuer Angemessenheitsbeschlüsse für den Austausch personenbezogener Daten mit Drittländern.**
- Rasche Annahme des Vorschlags über die Europäische Staatsanwaltschaft.
- Durchführung des Aktionsplans gegen Terrorismusfinanzierung.
- ***** Rasche Annahme durch die Mitgesetzgeber der Richtlinien über Schusswaffen, Terrorismus bzw. das Europäische Strafregisterinformationssystem (ECRIS) und der Verordnung über ein Einreise-/Ausreisensystem (intelligente Grenzen)** (eine diesbezügliche Mitteilung der Kommission wird heute vorgestellt).
- Prüfung weiterer Handlungsoptionen zur Stärkung des Informantenschutzes im EU-Recht.
- Vorbereitung des Beitritts der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention im Einklang mit den Anforderungen des Gerichtshofs der Europäischen Union.

Priorität 8: Hin zu einer neuen Migrationspolitik

- ***** Rasche vollständige Einsatzfähigkeit der Europäischen Grenz- und Küstenwache** (eine Mitteilung der Kommission zu diesem Thema wird heute vorgelegt).
- ***** Umsetzung der EU-Türkei Erklärung, Beschleunigung der Umverteilung von Flüchtlingen von Griechenland und Italien, Fortsetzung der Umsiedlung von Personen aus der Türkei in die EU, einschließlich des Schutzes unbegleiteter Minderjähriger.**
- ***** Rasche Annahme der Vorschläge zur Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems, einschließlich des Dublin-Systems, durch die Mitgesetzgeber.**
- ***** Umsetzung des neuen Rahmens für Migrationspartnerschaften mit Drittländern.**
- Rasche Annahme durch die Mitgesetzgeber aller Aktionen und Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise und in Folge der Europäischen Migrationsagenda initiiert wurden, sowie effiziente Durchführung dieser Aktionen und Maßnahmen.
- Rasche Annahme einer neuen Rahmenregelung für die Neuansiedlung von Flüchtlingen durch die Mitgesetzgeber.

LAGE DER UNION 2016

ABSICHTSERKLÄRUNG AN PRÄSIDENT MARTIN SCHULZ
UND MINISTERPRÄSIDENT ROBERT FICO

Priorität 9: Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne

- ***** Operative Umsetzung der Globalen Strategie der EU bei der Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der sicherheits- und verteidigungspolitischen Aspekte. Ein Europäischer Verteidigungsfonds wird als Teil des Europäischen Aktionsplans im Verteidigungsbereich vorgestellt.**
- ***** Eine EU-Strategie für Syrien.**
- Erneuerte Partnerschaft mit Afrika.
- Modernisierung der europäischen Entwicklungspolitik: Überarbeitung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik, um sie an die Ziele für nachhaltige Entwicklung anzugleichen, sowie Erarbeitung eines politischen Rahmens für ein neues Partnerschaftsabkommen mit den Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (Nachfolgeabkommen zum Cotonou-Abkommen).

Priorität 10: Eine Union des demokratischen Wandels

- ***** Beurteilung der demokratischen Legitimität der bestehenden Verfahren für die Annahme von delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten, einschließlich der Anpassung aller Basisrechtsakte, in denen noch immer auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle Bezug genommen wird.**
- Verstärkte Durchsetzung des EU-Rechts im Einklang mit den politischen Prioritäten der Kommission.
- ***** Änderungen des Verhaltenskodex der Kommission und der Rahmenvereinbarung mit dem Europäischen Parlament, um zu gewährleisten, dass Mitglieder der Kommission für die Wahlen zum Europäischen Parlament kandidieren können.**
- Abschluss einer interinstitutionellen Vereinbarung über ein verbindliches Transparenz-Register.

LAGE DER UNION 2016

ABSICHTSERKLÄRUNG AN PRÄSIDENT MARTIN SCHULZ UND MINISTERPRÄSIDENT ROBERT FICO

Wir beabsichtigen, das Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2017 auf diese Absichtserklärung zu stützen, über die wir mit dem Europäischen Parlament und seinen zuständigen Ausschüssen sowie mit dem Rat und den Ausschuss der Ständigen Vertreter in den kommenden Wochen in einen intensiven Austausch treten werden.

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger verdienen ein Europa, in dem ihre Art zu leben gewahrt wird. Ein Europa, das sie stärkt und sie verteidigt. Ein Europa, das sie schützt.

Es ist an der Zeit, dass wir alle Verantwortung für den Aufbau dieses Europas übernehmen. Gemeinsam.



Jean-Claude Juncker

Präsident der Europäischen Kommission



Frans Timmermans

Erster Vizepräsident der
Europäischen Kommission

ZUR LAGE DER UNION 2016

10 PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION –
EINE BILANZ

ZUR LAGE DER UNION 2016

10 PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION – EINE BILANZ



1/ Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen

„Meine erste Priorität als Kommissionspräsident gilt der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und der Belegung der Investitionstätigkeit in Europa, um auf diese Weise neue Arbeitsplätze zu schaffen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Die wirtschaftliche Erholung in der Europäischen Union setzt sich fort. Die Wirtschaft der EU dürfte dieses Jahr um **1,8 %** wachsen, die des Euro-Währungsgebiets um **1,7 %**. Die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit sieben Jahren zurückgegangen. Es gibt **acht Millionen mehr Arbeitsplätze als 2013**. Doch die Nachwirkungen der schwersten wirtschaftlichen und sozialen Krise seit Jahrzehnten reichen weit, weltweit ist die Unsicherheit höher als zuvor. Seit Beginn unserer Amtszeit verfolgen wir eine klare Strategie: die Schaffung eines „magischen Dreiecks“ aus **Investitionen, Strukturreformen und verantwortungsvoller Fiskalpolitik** im Interesse von **Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit**. Diese Strategie funktioniert, und wir werden Kurs halten.

Im ersten Jahr ihres Bestehens hat die **Investitionsoffensive für Europa** neue Investitionen in Höhe von **166 Mrd. EUR** in 26 Mitgliedstaaten mobilisiert. Nur drei Wochen nachdem diese Kommission ihre Arbeit aufgenommen hat, hat sie in Zusammenarbeit mit der EIB einen **Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI)**, den sogenannten Juncker-Fonds) vorgeschlagen. Das Europäische Parlament und der Rat haben diesem innerhalb von viereinhalb Monaten zugestimmt. Der EFSI ermöglicht neue Projekte zur Behandlung von Alzheimer-Erkrankungen, zur Umwidmung alter Industriestandorte in Gewerberäume, zum Bau neuer Windkraftanlagen, zur Senkung der Energiekosten beispielsweise in Gebäuden und in vielen anderen strategischen Wirtschaftszweigen. Insgesamt wurden 192 Finanzierungsvereinbarungen genehmigt, durch die **200 000 kleine oder neu**

Wir haben vorgeschlagen, die Laufzeit des Europäischen Fonds für strategische Investitionen **über 2018 hinaus** zu verlängern. Seine Kombination mit anderen EU-Finanzierungsinstrumenten wie dem Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, die den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen, soll erleichtert werden; dazu haben wir Leitlinien veröffentlicht. Die ersten Mehrfonds-Projekte wurden bereits in die Wege geleitet.

**Bislang mehr als
100 000 neue
Arbeitsplätze**



**Besserer
Zugang zu
Finanzmitteln
für 200 000
kleine oder neu
gegründete
Unternehmen**

**Neue Investitionen in
Höhe von 116 Mrd. EUR
in 26 Mitgliedstaaten
innerhalb des
ersten Jahres**



gegründete Unternehmen besseren Zugang zu Finanzmitteln erhalten. Nach unseren Schätzungen hat die Investitionsoffensive bis jetzt schon dazu beigetragen, mehr als **100 000 neuen Arbeitsplätzen** zu schaffen.

Um den Menschen dabei zu helfen, ihre Qualifikationen an die sich stets wandelnde Arbeitswelt anzupassen, haben wir die **Europäische Agenda für neue Kompetenzen** ins Leben gerufen. Sie enthält neuerdings eine **Kompetenzgarantie**, die geringqualifizierte Erwachsene dabei unterstützen soll, grundlegende Les- und Rechtschreib- sowie Rechenkenntnisse und digitale Kompetenzen zu erwerben und einen höheren Sekundarschulabschluss zu erreichen. Ferner verfolgen wir eine entschlossene **Gleichstellungsstrategie**, um die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt zu verbessern und gleiche Löhne und Gehälter zu verwirklichen.

Zur **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit** setzen wir weiterhin die **EU-Jugendgarantie** ein, deren Ziel es ist, allen Jugendlichen innerhalb von vier Monaten, nachdem sie die Schule verlassen haben oder arbeitslos geworden sind, eine Arbeitsstelle, ein Praktikum oder eine Fortbildung anzubieten. Die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen trägt in allen Mitgliedstaaten dazu bei, die Jugendgarantie umzusetzen. 2015 stellt die Kommission eine Milliarde Euro zur Verfügung, um die betreffenden Maßnahmen zu beschleunigen. Bislang wurden mit dieser Initiative mehr als 9 Millionen Jugendliche unterstützt.

#InvestEU

ZUR LAGE DER UNION 2016

10 PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION – EINE BILANZ



2/ Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt

„Wir müssen die herausragenden Möglichkeiten der digitalen und keine Grenzen kennenden Technologien viel besser nutzen. Hierfür brauchen wir allerdings den Mut, die bestehenden nationalen Silostrukturen in den Telekommunikationsvorschriften, im Urheberrechts- und Datenschutzrecht, bei der Verwaltung von Funkfrequenzen und in der Anwendung des Wettbewerbsrechts aufzubrechen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Das Internet und digitale Technologien verändern die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten und wie Unternehmen und die Wirtschaft Wachstum schaffen. Die digitale Revolution beeinflusst unseren Alltag (beispielsweise dank intelligenter Netze und Anwendungen, mit denen Haushalte den Wärmeverbrauch kontrollieren können), wie wir neues Wissen oder Fähigkeiten erwerben (beispielsweise durch Online-Kurse) und wie wir uns unterhalten (beispielsweise durch unterwegs im Auto abspielbare Fernsehprogramme). Sie beeinflusst sowohl die Art und Weise wie die Wirtschaft und Unternehmen aller Größen ihre Produktion organisieren und um neue Kunden werben, als auch wie sie ihre Waren und Dienstleistungen vertreiben und verkaufen.

Die Vollendung unseres Binnenmarkts könnte jährlich **rund 415 Mrd. EUR** an neuem Wachstum freisetzen. Dazu haben wir im Mai 2015 eine Strategie beschlossen, die wir nun umsetzen.

2016 haben wir erhebliche Fortschritte erzielt: Die **Roaming-Gebühren im Mobilfunk** wurden im Mai 2016 – auf Initiative der Kommission und mit Zustimmung des Europäischen Parlamentes und des Rates – weiter gesenkt und werden **2017 ganz abgeschafft**. Für die **EU** wurde ein neues **Datenschutzrecht** verabschiedet. Dieses erlaubt es den Bürgerinnen und Bürgern, die Kontrolle über ihr Online-Leben zurückzuerhalten und sicherzustellen, dass ihre persönlichen Daten sicher sind.

In diesem Jahr haben wir auch Vorschläge zum grenzüberschreitenden **elektronischen Geschäftsverkehr** vorgelegt. Wir modernisieren das **Vertragsrecht**, damit Verbraucher Vertrauen in Online-Geschäfte haben und Unternehmen billiger und leichter über den einheimischen Markt hinaus expandieren können. Wir gehen gegen das Geoblocking vor, damit Verbraucher Online-Dienstleistungen auch im Ausland abrufen können. Wir tragen dazu bei, dass die Kosten für die Paketzustellung sinken, indem wir mehr Preistransparenz einführen. Wir haben außerdem eine laufende kartellrechtliche Untersuchung zum Wettbewerb im Bereich des elektronischen Handels in der EU. Diese beleuchtet mögliche Hindernisse, die Unternehmen beim grenzüberschreitenden Online-Handel mit Waren und Dienstleistungen errichten.

Wir haben eine Modernisierung des **Urheberrechts** vorgeschlagen, damit die Verbraucher ihre abonnierten digitalen Dienstleistungen wie Fernsehen, Filme oder Musikangebote auch abrufen können, wann immer sie in der EU reisen.

Wir haben mit der Wirtschaft und den nationalen Behörden darauf hingewirkt, Initiativen zu unterstützen und miteinander zu verbinden,

die auf eine **Digitalisierung der Wirtschaft** und die **Investitionsförderung** abzielen. Insgesamt wollen wir **mehr als 50 Mrd. EUR an neuen öffentlichen und privaten Investitionen** mobilisieren, darunter **500 Mio. EUR** für ein unionsweites Netz von **Technologie-Exzellenzzentren** (sog. „Digital Innovation Hubs“), in denen Unternehmen digitale Innovationen testen und sich beraten lassen können. Eine europäische Cloud – ein echtes Industrieprojekt – soll

Eine europäische Cloud für 1,7 Millionen Forscher und 70 Millionen Fachkräfte aus Wissenschaft und Technologie



den 1,7 Millionen Forschern und 70 Millionen Fachkräften aus Wissenschaft und Technologie in Europa eine virtuelle Umgebung bieten, in der sie große Mengen von Forschungsdaten speichern, verwalten, auswerten und wiederverwenden können.

Wir ermutigen die Industrie und die Normungsorganisationen, an gemeinsamen **Normen** für 5G-Kommunikationsnetze und **Cybersicherheit** zu arbeiten. Im Juli 2016 haben wir eine neue öffentlich-private Partnerschaft zur Cybersicherheit gestartet, die Investitionen in Höhe von 1,8 Mrd. EUR mobilisieren soll. Damit stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Cybersicherheitsbranche und unterstützen die Bemühungen, Europa gegen Cyberangriffe zu schützen.

Schließlich haben wir vorgeschlagen, den europäischen Rechtsrahmen für Inhalte, die **Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste**, zu überarbeiten, damit für alle Marktteilnehmer die gleichen Normen, Werte und Grundsätze gelten: Förderung der **kulturellen Vielfalt** durch Unterstützung der europäischen Filmproduktion, **Schutz von Kindern** vor schädlichen Inhalten und **Bekämpfung von Hetze** in den sozialen Medien.

#DigitalSingleMarket

ZUR LAGE DER UNION 2016

10 PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION – EINE BILANZ



3/ Eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik

„Wir müssen unsere Ressourcen bündeln, unsere Infrastrukturen kombinieren und unsere Verhandlungsmacht gegenüber Drittländern stärken. Wir müssen unsere Energiequellen diversifizieren und die hohe Energieabhängigkeit einiger Mitgliedstaaten abbauen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Unsere Herausforderung ist es, die **Wirtschaft zu modernisieren**, indem wir unsere Treibhausgasemissionen senken und gleichzeitig **Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit in der EU ankurbeln**.

Eine intelligentere Energienutzung und ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen schaffen neue Arbeitsplätze und Wachstum. Das ist die beste Investition in Europas Zukunft und in die Modernisierung unserer Wirtschaft. Im vergangenen Jahr haben wir weiter an einem Binnenmarkt gearbeitet, in dem Energie frei fließen kann und in dem kein Mitgliedstaat isoliert zurückbleibt. Der erste **Bericht zur Lage der Energieunion** legt dar, welche weiteren Maßnahmen folgen sollten.

Die Infrastruktur ist von entscheidender Bedeutung. Wir haben 195 europäische Vorhaben von gemeinsamem Interesse angenommen, für die beschleunigte Planungs- und vereinfachte Regulierungsvorgaben gelten und die für eine finanzielle Unterstützung in Frage kommen.

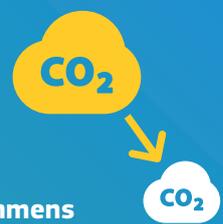
Wir haben die Vernetzung zwischen den Mitgliedstaaten weiter gefördert. So haben wir im Oktober 2015 eine Vereinbarung zwischen Estland, Lettland, Litauen und Polen herbeigeführt, die der Isolation des baltischen Raumes ein Ende setzen soll. Wir haben neue Leitungen zwischen Estland und Finnland sowie den Verbund der Erdgas-Leitungsnetze Griechenlands, Bulgariens, Ungarns, Rumäniens und Österreichs unterstützt, so dass Erdgas aus der kaspischen Region und anderen Förderländern bis nach Mitteleuropa gelangen kann.

Im Februar 2016 haben wir neue Maßnahmen zur **Energiesicherheit** vorgestellt, mit denen Versorgungsunterbrechungen auf ein Minimum reduziert werden. Die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten wird dazu beitragen, Haushalte sowie wesentliche Dienstleistungen in Krisenzeiten zu schützen. Wir werden außerdem die Instrumente stärken, die gewährleisten, dass die **zwischenstaatlichen Gasverträge** mit dem EU-Recht vereinbar sind.

Im April 2016 hat die EU das **Pariser Klimaschutzübereinkommen** unterzeichnet. Im Juni hat die Kommission dem Parlament und dem Rat einen Vorschlag zur Ratifizierung des Übereinkommens vorgelegt. Das Pariser Übereinkommen bietet die **letzte**

Chance, künftigen Generationen **eine stabilere Welt, einen intakteren Planeten, gerechtere Gesellschaften und wohlhabendere Volkswirtschaften** zu hinterlassen. Das erfordert, dass wir anders wirtschaften und investieren und dazu über die Grenzen von Politikbereichen hinweg Anreize schaffen.

Wegweisende Maßnahmen für den Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft durch Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40 % bis 2030 und Umsetzung des Pariser Umweltübereinkommens



2014 hat die EU zugesagt, die **Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40 % zu senken**. Im Juli 2016 haben wir Zielvorgaben für die Mitgliedstaaten vorgeschlagen, die für die Bereiche Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, Abfälle, Landnutzung und Forstwirtschaft gelten, sowie eine Strategie für eine emissionsarme Mobilität. Zusammen mit den Kommissionsvorschlägen zur Reform des **Emissionshandelssystems** der EU werden diese Maßnahmen den Übergang zu einem emissionsarmen Wirtschaften in allen Wirtschaftsbereichen beschleunigen.

#EnergyUnion

ZUR LAGE DER UNION 2016

10 PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION – EINE BILANZ



4/ Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis

„In Zeiten zunehmender Globalisierung ist der Binnenmarkt Europas größter Trumpf. Deshalb soll die nächste Kommission nach meinem Willen auf die Stärke unseres Binnenmarkts bauen und sein Potenzial in allen Richtungen ausschöpfen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Unser Binnenmarkt ist der größte Binnenmarkt der Welt. Dreißig Millionen Unternehmen erwirtschaften das BIP der EU von 14 Billionen EUR für mehr als eine halbe Milliarde Menschen. Unsere Wirtschaftskraft beruht auf der Freizügigkeit von Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital über 28 Mitgliedstaaten hinweg. Dies ist eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union. Doch wir können noch mehr erreichen. In seinem Bericht über die Kosten des Verzichts auf EU-politisches Handeln schätzt das Europäische Parlament den **Mehrwert eines voll funktionsfähigen Binnenmarktes** für die europäische Wirtschaft auf **mehr als eine Billion EUR**.

Die **Kapitalmarktunion** erleichtert den Unternehmen eine Diversifizierung ihrer Finanzierungsquellen. Europäische Wagniskapitalfonds mobilisieren fünfmal weniger Kapital als amerikanische, weshalb unsere jüngsten Vorschläge zur Erleichterung der **grenzübergreifenden Wagniskapitalbeschaffung** zum richtigen Zeitpunkt kommen. Über unsere neuen Pläne zur Wiederbelebung standardisierter und transparenter **Verbriefungsmärkte**, die zu zusätzlichen Finanzmitteln in Höhe von 100 Mrd. EUR für europäische Unternehmen führen könnten, wurde vom Rat in Rekordzeit Einigung erzielt, nun ist es am Parlament, die Verhandlungen abzuschließen. Wir haben vorgeschlagen, die **Prospektanforderungen** zu vereinfachen, die Verwaltungslasten für Unternehmen, die **Aktien und Anleihen** ausgeben, zu verringern und die **Wagniskapitalmärkte** zu stärken.

Weg zu einem einheitlichen europäischen Mehrwertsteuerbereich haben wir einen Mehrwertsteuer-Aktionsplan vorgelegt. Dieser soll die Rahmenbedingungen für Unternehmen vereinfachen, die digitale Wirtschaft unterstützen und zur Betrugsbekämpfung beitragen. Darüber hinaus haben wir auch Leitlinien für eine ausgewogene **Entwicklung der partizipativen Wirtschaft** erstellt. Wir haben die Initiative ergriffen, um das Vertrauen in unsere **Automobilindustrie** nach den Abgasskandalen wiederherzustellen und ihr eine neue Zukunft zu sichern. Wir haben unseren Einsatz für unsere **Stahlindustrie** angesichts der internationalen Konkurrenz intensiviert.

Im Interesse eines weitergehenden und gerechteren Binnenmarktes haben wir vorgeschlagen, die **Entsenderichtlinie** zu überarbeiten, und wir haben Maßnahmen ergriffen, um Missbräuchen vorzubeugen. Dahinter steckt der Kerngedanke, dass gleiche Arbeit am gleichen Ort gleich vergütet werden sollte. Der Schlüssel zu einer verbesserten Arbeitskräftemobilität sind klare, gerechte und durchsetzbare Regeln.

Wir wollen, dass unser Binnenmarkt **gerechter** wird. Wir haben deshalb auch vorgeschlagen, dass alle Unternehmen ihren **gerechten Steueranteil** in den Ländern zahlen sollten, in denen sie ihre Gewinne erwirtschaften. Die EU nimmt hier auf internationaler Ebene eine Vorreiterrolle ein. Im Oktober 2015 haben die OECD-Länder Maßnahmen vereinbart, um **Gewinnkürzungen und -verlagerungen** zu begrenzen. Diese wurden beim diesjährigen G7-Gipfel bekräftigt. Im Januar 2016 haben wir unser **Paket zur Bekämpfung der Steuervermeidung** vorgelegt, dem der Rat im Juni zugestimmt hat.

Zudem haben wir Vorschläge unterbreitet, mit denen multinationale Unternehmen verpflichtet werden sollen, **nach Ländern aufgeschlüsselte Berichte** über ihre Gewinne und abgeführten Steuern vorzulegen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, wo und in welcher Höhe multinationale Unternehmen Steuern zahlen. Darüber hinaus haben unsere Mitgliedstaaten eine wegweisende Vereinbarung über den **automatischen Informationsaustausch** zwischen den Finanzbehörden über grenzübergreifende Steuervorbescheide erzielt – und dies nur sieben Monate, nachdem die Kommission den entsprechenden Vorschlag vorgelegt hatte

Größter Binnenmarkt der Welt

30 Millionen Unternehmen
erwirtschaften eine
Wertschöpfung von
14 Billionen EUR



Wir wollen **kleine und neue Unternehmen** unterstützen und haben deshalb eine öffentliche Konsultation über die Hindernisse eingeleitet, die ihnen im Weg stehen. Als ersten Schritt auf dem

#SingleMarket

ZUR LAGE DER UNION 2016

10 PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION – EINE BILANZ



5/ Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion

„In den nächsten fünf Jahren möchte ich die Reform unserer Wirtschafts- und Währungsunion weiterführen, um unsere einheitliche Währung stabil zu halten und die Konvergenz der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik der an der einheitlichen Währung teilnehmenden Mitgliedstaaten zu erhöhen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Der Euro ist die zweitwichtigste Währung der Welt. Er macht ein Viertel der Devisenreserven der Welt aus. Um sicherzustellen, dass er Stabilität und Wachstum herbeiführt, skizziert der von Präsident Juncker koordinierte **Bericht der fünf Präsidenten** der EU-Organe klar unsere Vorhaben.

des Euro-Währungsgebiets ermöglicht, ein gemeinsames Verständnis der anstehenden Herausforderungen zu entwickeln. Die Reform des Europäischen Semesters macht es zugleich demokratischer. Der Kommissionspräsident, der für den Euro und den sozialen Dialog zuständige Vizepräsident sowie die Kommissare, die unmittelbar für das Europäische Semester zuständig sind, erscheinen regelmäßig vor dem Europäischen Parlament, um Prioritäten zu erörtern und um über Fortschritte zu berichten. Andere Kommissionsmitglieder stehen bereit, um sich an Debatten in Parlamenten der Mitgliedstaaten zu beteiligen.

Eine europäische Einlagensicherung: zusätzliches europaweites Sicherheitsnetz für Sparer

Seit Sommer 2015 hält Griechenland den Kurs in Sachen Wirtschaftsreform und ist auf dem Weg der wirtschaftlichen Erholung. Im vergangenen Jahr haben wir es geschafft, Griechenland im Euro-Währungsgebiet halten zu können, und dies wird auch so bleiben. Die Kommission war entscheidend an der im vergangenen Sommer erzielten Vereinbarung beteiligt und hat sich für Solidarität und Verantwortungsbewusstsein zwischen allen Mitgliedern des Euro-Währungsgebiets eingesetzt.

Vertiefte wirtschaftliche Integration muss für alle gewinnbringend sein und zu größerer Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten und innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten beitragen. Im März 2016 präsentierte die Kommission einen ersten Entwurf der europäischen Säule sozialer Rechte – wie von Präsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union 2015 angekündigt – und leitete eine breite öffentliche Konsultation ein. Die Säule enthält eine Reihe wesentlicher Grundsätze zur Unterstützung von funktionsfähigen und fairen Arbeitsmärkten und Wohlfahrtssystemen im Euro-Währungsgebiet. Weitere Mitgliedstaaten können sich anschließen.

Wir haben Vorschläge zu einer **einheitlichen Vertretung des Euro-Währungsgebiets** in internationalen Foren gemacht, damit wir geschlossen auftreten können und die zunehmende wirtschaftliche und finanzielle Stärke des Euro voll zur Geltung zu bringen.

Wir haben die wirtschaftspolitische Steuerung durch ein verbessertes **Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik** gestärkt. Wir legen Länderberichte nun viel früher als in der Vergangenheit vor, um eingehende Erörterungen mit jedem Mitgliedstaat zu ermöglichen. Länderspezifische Empfehlungen konzentrieren sich nun auf eine begrenzte Anzahl von dringend umzusetzenden Prioritäten. **Sozialen Prioritäten** wie Fragen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, Bildung und sozialer Inklusion wird in unseren Analysen nun eine bedeutendere Rolle beigemessen. Zeitgleich mit dem Jahreswachstumsbericht schlagen wir jetzt zudem eine **Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets** vor, was es allen Mitgliedern

Wir haben den **Europäischen Fiskalausschuss** ins Leben gerufen, der die Kommission zur Fiskalpolitik für das Euro-Währungsgebiet als Ganzes beraten soll. Der Rat hat die Bildung neuer **nationaler Ausschüsse für Produktivität** gebilligt, die unsere Wettbewerbsfähigkeit weiter stärken sollen.

In Sachen **Bankenunion** hat der **einheitliche Abwicklungsmechanismus** am 1. Januar 2016 volle Funktionsfähigkeit erreicht. Wir haben am 24. November 2015 das **europäische Einlagensicherungssystem** als zusätzliche europaweite Sicherung der Spareinlagen von Bürgerinnen und Bürgern vorgeschlagen und appellieren an das Parlament und den Rat, die Verhandlungen voranzubringen.

#deepeningEMU

ZUR LAGE DER UNION 2016

10 PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION – EINE BILANZ



6/ Ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten

„Unter meiner Präsidentschaft wird die Kommission im Geiste der Gegenseitigkeit sowie des wechselseitigen Nutzens und der beiderseitigen Transparenz ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten aushandeln.... Allerdings werde ich als Kommissionspräsident auch unmissverständlich klarstellen, dass ich nicht bereit bin, europäische Standards im Bereich Sicherheit, Gesundheit, Soziales, Datenschutz oder unsere kulturelle Vielfalt auf dem Altar des Freihandels zu opfern.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Die Europäische Union gehört zu den **offensten Volkswirtschaften** der Welt und setzt sich weiterhin **für freien und verantwortungsbewussten Handel** ein. Mit ihrer „Handel für alle“-Strategie vom Oktober 2015 konzentrierte die Kommission sich auf die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, damit die Vorteile des Handels möglichst gleichmäßig geteilt werden können. Diese Grundsätze bilden den Kern unserer **Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)** mit den Vereinigten Staaten.

Die Kommission hat die **uneingeschränkte Unterstützung der Staats- und Regierungschefs in der EU**, um die TTIP-Verhandlungen weiterzuführen. Im Rahmen dieses Mandats **wurden die Verhandlungen beschleunigt**. Zum Juli 2016 waren 14 Verhandlungsrunden abgeschlossen. Die Kommission hat ihr Ziel erreicht, nahezu alle ihre Vorschläge vorzulegen. Präsident Juncker stellte jedoch auf dem G7-Gipfel im Mai einmal mehr klar, dass **Inhalte eindeutig Vorrang vor Fristen haben und dass die Europäische Union nicht an bewährten europäischen Standards rütteln wird**.

Die TTIP-Verhandlungen sind **so offen und transparent wie keine anderen Verhandlungen zuvor**: Es gab umfassende Konsultationen mit Interessensvertretern, hunderte Seiten von Verhandlungsunterlagen wurden veröffentlicht. Alle Mitglieder des Europäischen Parlaments haben Zugang zu den TTIP-Verhandlungsunterlagen, ebenso die Mitglieder nationaler Parlamente und Regierungen. Handelskommissarin Cecilia Malmström unterrichtet die Mitgliedstaaten stets über den aktuellen Stand der Verhandlungen und trifft sich regelmäßig mit einem breiten Spektrum von Interessensvertretern, darunter Verbraucher- und Umweltschutzgruppen, Gewerkschaften und Unternehmen.

Wir haben die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen. Wir haben vorgeschlagen, das bestehende System für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investor und Staat durch eine **neue, vollständig reformierte Investitionsgerichtsbarkeit** zu ersetzen, die transparent, unabhängig und unparteiisch ist und durch die die staatlichen

Regulierungsbefugnisse unangetastet bleiben. Wir haben dieses Konzept im Rahmen unseres Handelsabkommens mit Vietnam angewandt. In der Folge hat Kanada der Anwendung dieses neuen Konzepts auf das Handelsabkommen EU-Kanada (CETA) zugestimmt; dies macht es zum fortschrittlichsten Handelsabkommen, das die EU je geschlossen hat. Wir **wenden das gleiche Konzept auf TTIP** und alle künftigen Handelsabkommen **an**.

Förderung unserer strategischen Interessen in der Welt ohne Kompromisse bei europäischen Normen und Grundsätzen



In Anbetracht der gemeinsamen Werte, die die EU und die USA verbinden, sowie der strategischen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft ist die Kommission bereit, **ein ambitioniertes, ausgewogenes und hochwertiges TTIP-Abkommen** zu schließen. Aufgrund der anstehenden Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten und der unvermeidbaren Verlangsamung der Verhandlungen werden sich beide Parteien bemühen, die erzielten Fortschritte zu verfestigen. Die Kommission steht für schnellstmögliche Gespräche mit der neuen amerikanischen Regierung bereit.

#TTIP

ZUR LAGE DER UNION 2016

10 PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION – EINE BILANZ



7/ Auf gegenseitigem Vertrauen basierender Raum des Rechts und der Grundrechte

„Ich habe die Absicht, die Vorrechte der Kommission dazu zu nutzen, unsere gemeinsamen Werte, die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte innerhalb unseres Zuständigkeitsbereichs zu bewahren, wobei ich gleichzeitig der Vielfalt der verfassungsrechtlichen und kulturellen Traditionen der 28 Mitgliedstaaten gebührend Rechnung tragen werde.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Unsere **Europäische Sicherheitsagenda** ist die Antwort auf die größte **terroristische Bedrohung** seit mehr als einem Jahrzehnt.

Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten arbeiten wir daran, die Ursachen anzupacken und Gemeinschaftsinitiativen **gegen Radikalisierung zu unterstützen**. Wir **investieren in Integrationsprojekte** und **stärken den Dialog** zwischen verschiedenen Gemeinschaften auf allen Ebenen.

Europols neues Europäisches Zentrum zur Terrorismusbekämpfung unterstützt die Mitgliedstaaten im Kampf gegen Terrorismus und Schwermriminalität



Europols neues **Europäisches Zentrum zur Terrorismusbekämpfung** unterstützt die Mitgliedstaaten beim Vorgehen gegen ausländische terroristische Kämpfer, den Handel mit illegalen Schusswaffen und die Terrorismusfinanzierung.

Das **Exzellenzzentrum des EU-Aufklärungsnetzwerks gegen Radikalisierung** steht den Mitgliedstaaten dabei zu Seite, Radikalisierung vorzubeugen und zu bekämpfen. Das **EU-Internetforum** vereint Ministerien und Internetunternehmen, unterstützt sie beim Vorgehen gegen die Verbreitung von terroristischem Online-Material und bestärkt zivilgesellschaftliche Partner, der Argumentationslinie der Terroristen entgegenzutreten.

Das Europäische Parlament und der Rat haben sich bereits auf das **System zur Speicherung von Fluggastdatensätzen für Fluggesellschaften** verständigt; über unsere Vorschläge für eine bessere **Kontrolle von Schusswaffen** wird hingegen noch verhandelt. Ein neues **Einreise-/Ausreisensystem**, das Teil unseres **Pakets „Intelligente Grenzen“** ist, wird dazu beitragen,

die Qualität und Wirksamkeit der Kontrollen an unseren Schengen-Außengrenzen zu verbessern.

Um zu verhindern, dass das **Finanzsystem zur Finanzierung des Terrorismus** benutzt wird, haben wir vorgeschlagen, Umtausch-Plattformen für virtuelle Währungen einer eingehenderen Kontrolle zu unterziehen und anonyme Zahlungen mittels Guthabekarten einzuschränken.

Alle diese Bemühungen ebnen den Weg für eine **Sicherheitsunion**. Diese erfordert, dass die Mitgliedstaaten und ihre Strafverfolgungsbehörden eng mit den EU-Stellen zusammenarbeiten, damit organisatorische Schluflöcher und Informationslücken geschlossen werden.

Im Zusammenhang mit den Grundrechten geben Ereignisse in **Polen**, insbesondere der Disput wegen des Verfassungsgerichts, zunehmend Anlass zur Sorge um die Rechtsstaatlichkeit. Seit Januar 2016 führen wir einen intensiven Dialog mit der polnischen Regierung.

Das Parlament und der Rat haben sich auf eine 2012 vorgeschlagene umfassende Reform der Vorschriften über den **Datenschutz** in der EU geeinigt. Der neue EU-US-Datenschutzschild wird die Grundrechte von EU-Bürgern, deren personenbezogene Daten an die Vereinigten Staaten übermittelt werden, schützen und Unternehmen rechtliche Klarheit in Bezug auf ihre Verpflichtungen verschaffen.

Im Mai 2016 hat die Kommission zusammen mit Facebook, Twitter, YouTube und Microsoft einen neuen Verhaltenskodex vorgestellt, um **illegale Hetze im Internet** zu bekämpfen.

Den Bürgerinnen und Bürgern in der EU steht nun ein **besserer Zugang zur Justiz** zur Verfügung, nachdem das Parlament und der Rat Rechtsvorschriften über die Unschuldsvermutung und über Verfahrensgarantien für Kinder in Strafverfahren verabschiedet haben. Die Verhandlungen über **Prozesskostenhilfe** und über eine **Europäische Staatsanwaltschaft** dauern an, und es wurden neue Vorschläge zum **Schutz von Kindern in grenzüberschreitenden Familienstreitigkeiten** angenommen.

#SecurityEU

ZUR LAGE DER UNION 2016

10 PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION – EINE BILANZ



8/ Hin zu einer neuen Migrationspolitik

„Die jüngsten furchtbaren Vorfälle im Mittelmeer haben uns gezeigt, dass Europa seinen Umgang mit der Migration in jeder Hinsicht verbessern muss. Dies ist zu allererst ein Gebot der Menschlichkeit. Nach meiner Überzeugung müssen wir im Geiste der Solidarität eng zusammenarbeiten.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Die Kommission hat sowohl auf die kurzfristigen als auch auf die langfristigen Herausforderungen, vor die die Migrationsströme Europa stellen, wirksam und umfassend reagiert. Allein für 2015 und 2016 haben wir mehr als **15 Mrd. EUR** aus unserem Haushalt bereitgestellt. **Unsere Migrationspolitik gewährleistet Solidarität und eine gerechte Lastenteilung.** Unsere Arbeit in diesem Bereich wird vom Ersten Vizepräsident Timmermans und von EU-Migrations-Kommissar Avramopoulos geleitet, dessen Position Präsident Juncker 2014 eigens eingerichtet hat.

Wir haben Menschenleben gerettet. Durch die gemeinsamen Frontex-Einsätze „Poseidon“, „Triton“ und „Sophia“ wurden seit

Zur Sicherung unserer Außengrenzen haben wir eine **Europäische Grenz- und Küstenwache** vorgeschlagen, die in Rekordzeit eingerichtet wurde und im Herbst 2016 ihre Tätigkeit aufnehmen wird. Wir verstärken den **Schengener Grenzkodex**, sodass jeder – ob EU-Bürger oder Drittstaatsangehöriger – bei der Aus- oder Einreise in die Schengenraum einer Sicherheitskontrolle unterzogen wird.

Wir unterstützen die am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten. Zusätzlich zu der im Rahmen nationaler Programme für den Zeitraum von 2014 bis 2020 bereitgestellten Hilfe in Höhe von **509 Mio. EUR** hat Griechenland seit Anfang 2015 mehr als **353 Mio. EUR** an Soforthilfe erhalten. Somit ist Griechenland der größte Empfänger von Mitteln aus den Migrationsfonds. Italien hat seit 2014 über **23,5 Mio. EUR** Nothilfe erhalten, die zusätzlich zu den für den Zeitraum von 2014 bis 2020 bereitgestellten Mittel von **592,6 Mio. EUR** gewährt wurden. Auch Bulgarien hat finanzielle Unterstützung erhalten – rund **12 Mio. EUR** an Nothilfe zur Bewältigung der Migrationskrise, um Migranten mit Unterkunft und Lebens- und Arzneimittel zu versorgen und für die Ausrüstung der bulgarischen Grenzpolizei. Diese Mittel sind zusätzlich zu den **91 Mio. EUR**, die bereits im Rahmen von nationalen Programmen für den Zeitraum von 2014 bis 2020 zugeteilt wurden.

Wir haben ein neues Soforthilfeinstrument mit einer Mittelausstattung von **700 Mio. EUR** für den Zeitraum 2016-2018 eingerichtet. Die Lage in Griechenland hat oberste Priorität für uns: Wir haben bereits 198 Mio. EUR eingesetzt, um die Lebensbedingungen der Flüchtlinge zu verbessern.

Wir haben Menschenleben gerettet. Mehr als 400 000 Menschen wurden 2015/16 aus Seenot gerettet

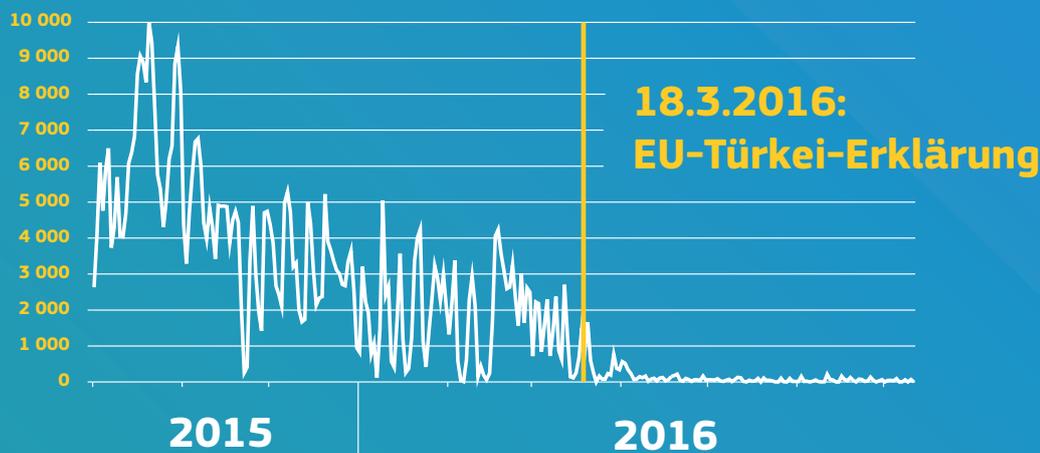
2015 mehr als 400 000 Menschenleben im Mittelmeer und der Ägäis gerettet. Außerdem gehen wir gegen kriminelle Schleusernetzwerke vor und kooperieren in der Ägäis mit den türkischen Behörden und der NATO.

Wir unterstützen die innerhalb Syriens heimatlos gewordenen Menschen ebenso wie die syrischen Flüchtlinge und diejenigen, die sie aufnehmen, darunter der Libanon, Jordanien und die Türkei. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben auf der Londoner Konferenz „Supporting Syria“ zusätzlich zu den **6,8 Mrd. EUR**, die seit 2011 für die Syrienkrise mobilisiert wurden, noch einmal über **3 Mrd. EUR** für das Jahr 2016 zugesagt.

Zudem unterstützen wir mit der Flüchtlingsfazilität syrische Flüchtlinge in der Türkei, so dass sie in Würde leben und sich ein neues Leben in der Türkei aufbauen können. Für den Zeitraum 2016-2017 werden dafür **3 Mrd. EUR** aus dem EU-Haushalt und von den Mitgliedstaaten bereitgestellt.

Mehr als 10 Mrd. EUR zur Bewältigung der Flüchtlingskrise 2015/16

Die durchschnittliche Zahl der täglichen Überfahrten ging von rund 10 000 im Oktober 2015 bis zum Sommer 2016 auf rund 100 zurück



Wir haben für eine förmliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern entlang der Westbalkan-Route gesorgt. Unser Katastrophenschutzverfahren bietet dringend benötigte materielle Unterstützung und wurde bereits von Kroatien, Griechenland, Ungarn, Serbien und Slowenien in Anspruch genommen. **Wir zeigen unsere Solidarität, indem wir Asylsuchenden umverteilen und neu ansiedeln.** Im vergangenen Jahr stimmten die Mitgliedstaaten unserem Vorschlag zu, 160 000 Menschen, die internationalen Schutz benötigen, aus Italien und Griechenland umzuverteilen und 22 000 Flüchtlinge aus Drittländern neu anzusiedeln. Seit September 2015 wurden bislang über 13 000 Menschen umverteilt oder neu angesiedelt.

Unsere Rückföhrungspolitik wird effizienter. Die vorgeschlagene neue EU-Liste der sicheren Herkunftsländer ermöglicht eine schnellere Rückföhrung von Personen, die keinen Anspruch auf Asyl haben. Zudem schaffen wir Anreize für bestimmte Länder – wie Pakistan, Algerien, Bangladesch und Marokko –, um eine wirksame Rückföhrung und Rücköbernahme zu gewährleisten.

Wir arbeiten mit der Türkei zusammen, um unser Vorgehen gegenüber gemeinsamen Herausforderungen abzustimmen. Aufbauend auf unserem gemeinsamen Aktionsplan vom Oktober 2015 haben wir am 18. März 2016 die EU-Türkei-Erklärung angenommen, um der irregulären Zuwanderung aus der Türkei ein Ende zu setzen und syrischen Flüchtlingen anstelle der gefährlichen Überfahrt durch die Ägäis sichere und legale Zuwanderungsmöglichkeiten in die EU zu bieten. Die Erklärung EU-Türkei vom 18. März 2016 führt bereits zu Ergebnissen. Der nicht steuerbare Zustrom von Flüchtlingen, der im Oktober 2015 noch bei 10 000 Neuankömmlingen täglich lag, ist seit Anwendung der EU-Türkei-Erklärung auf rund 100 Personen täglich abgeebbt. Für jeden Syrer, der von der Türkei von den griechischen Inseln rücköbernommen wird, wird gemäß dieser Erklärung ein Syrer aus der Türkei in der EU neu angesiedelt. Bis August 2016 wurden 1 061 syrische Flüchtlinge aus der Türkei in der EU neu angesiedelt und 1 566 irreguläre Migranten aus mehreren Mitgliedstaaten von der Türkei rücköbernommen. Jeder Asylantrag wird individuell geprüft. Jeder Asylbewerber kann die Entscheidung

anfechten. Wir stehen zum Grundsatz der Nichtzurückweisung: ein Flüchtling wird nicht in ein Land rückgeföhrt, in dem er mit Verfolgung rechnen muss.

Wir wollen mit Vorschlägen zur EU-weiten Harmonisierung der Asylbedingungen das EU-Asylrecht reformieren und damit die Voraussetzungen für eine humanere, gerechtere, kohärentere und wirksamere europäische Asylpolitik schaffen. Diese Reform gewährleistet Großzügigkeit gegenüber besonders gefährdeten Personengruppen, die tatsächlich internationalen Schutz benötigen, und ein strenges Vorgehen gegen möglichen Missbrauch, wobei die Grundrechte immer geachtet werden..

Wir haben Vorschläge vorgelegt, um legale Migration besser zu steuern und einen Rahmen für EU-Neuansiedlungen zu schaffen. Wir haben die Regelungen für die EU Blue Card reformiert, damit sie für hochqualifizierte Drittstaatsangehörige attraktiver wird.

Wir bekämpfen die eigentlichen Ursachen der Migration, indem wir mit unseren regionalen Partnern zusammenarbeiten. Wir haben einen Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika mit Geldern in Höhe von **1,9 Mrd. EUR** aus dem EU-Haushalt und dem Europäischen Entwicklungsfonds eingerichtet, um die Entwicklung und die Sicherheit in strategischen Regionen zu unterstützen. Wir haben **neue Migrationspartnerschaften** mit Schlüsseländern vorgeschlagen, angefangen mit Mali, Niger, Nigeria, Senegal und Äthiopien, ebenso wie einen **Externen Investitionsplan**, der auf den Erfahrungen der erfolgreichen Investitionsoffensive für Europa aufbaut. Unsere Priorität ist es, Menschenleben zu retten, die Rückföhrungen auszuweiten und den Migranten und Flüchtlingen einen Verbleib näher an ihrer Heimat zu ermöglichen. So wollen wir langfristig die grundlegenden Ursachen der irregulären Migration und Vertreibung anpacken.

#MigrationEU

ZUR LAGE DER UNION 2016

10 PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION – EINE BILANZ



9/ Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne

„In der Außenpolitik brauchen wir ein stärkeres Europa. Die Ukraine-Krise und die besorgniserregende Lage im Nahen Osten zeigen, wie wichtig es ist, dass Europa nach außen hin zusammensteht.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Die Europäische Union ist nach wie vor eine **tragende Säule der globalen Ordnung**. Sie trägt entscheidend zur Sicherheit und Stabilität in der Region und darüber hinaus bei. Bei unserer Zusammenarbeit mit den VN, der WTO und den G7, aber auch in anderen multilateralen Gremien, setzen wir uns für die Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein. Angesichts einer instabileren Lage in der Welt haben wir eine neue **globale Strategie** auf den Weg gebracht, die von der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin Mogherini geprägt wurde und für eine glaubwürdigere und kohärentere Außen- und Sicherheitspolitik sorgen soll.

Im Zuge der Bewältigung der Flüchtlingskrise haben wir unseren Beziehungen zur **Türkei** neue Impulse verliehen. Das Beitrittsverfahren der Türkei zur EU hat mit der EU-Türkei-Erklärung vom 18. März 2016 neue Dynamik erhalten. Nichtsdestotrotz werden wir unsere Normen nicht senken.

Wir haben eine neue Strategie für unsere Beziehungen zu **China** vorgelegt, mit dem Ziel, den Zugang zum chinesischen Markt zu verbessern und die Zusammenarbeit bei der Bewältigung globaler Herausforderungen voranzubringen. Beim EU-China-Gipfel in Beijing haben wir China eindringlich aufgefordert, am Grundsatz eines freien und transparenten Handels festzuhalten, und haben eine bilaterale Arbeitsgruppe zur Überkapazität der **Stahlindustrie** eingerichtet.

Wir haben die Verhandlungen über das Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit mit **Kuba** abgeschlossen. Damit beginnt eine neue Ära unserer bilateralen Beziehungen, die sich auf gegenseitiges Vertrauen stützen und die Zusammenarbeit in multinationalen Foren fördern.

**Mehr als 120
Wahlbeobachtungs-
Missionen mit mehr
als 11 000
Beobachtern
seit 2000**



Wir haben die erste **Gemeinsame Erklärung der EU und der NATO** unterzeichnet, mit der wir stärker gegen hybride Bedrohungen und Cyberangriffe vorgehen und eine stärkere Verteidigungsindustrie aufbauen wollen. Wir werden unseren Partnern bei der Vorbeugung und Bewältigung von Krisen zur Seite stehen.

Wir unterstützen uneingeschränkt die territoriale Integrität, die Souveränität und die Unabhängigkeit der **Ukraine** und setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Minsker Vereinbarungen vollständig umgesetzt werden. Wir stehen nach wie vor hinter den Reformen des Landes und haben vorgeschlagen, ukrainische Staatsangehörige **visumfrei** in den Schengen-Raum einreisen zu lassen. Die volle Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ist der Schlüssel für jede Weiterentwicklung unserer Beziehungen zu **Russland**, unter anderem auch für die Aufhebung der Sanktionen. In der Zwischenzeit erhalten wir bei Themen, bei denen die EU ein eindeutiges Interesse daran hat, unser Engagement gegenüber Russland aufrecht.

Im **Westbalkan** haben wir den Dialog zwischen **Belgrad** und **Priština** gefördert, um beiden Ländern Fortschritte auf dem Weg in die EU zu ermöglichen. In den Beitrittsverhandlungen mit **Montenegro** und **Serbien** wurden neue Kapitel aufgeschlagen. Im April 2016 trat das **Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit dem Kosovo** in Kraft.

**Die EU und ihre Mitgliedstaaten
sind weltweit der größte Geber
von Entwicklungshilfe**

Staatliche Entwicklungshilfe:



Wir unterstützen die Bemühungen unter Führung der Vereinten Nationen um Frieden in **Syrien** und um Stabilität in Libyen. Dort stehen wir bereit, der Regierung der nationalen Einheit **Libyens** Hilfen in Höhe von 100 Mio. EUR zur Verfügung zu stellen.

Bei der Ausarbeitung der **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung** haben wir eine führende Rolle übernommen. Die EU stellt mehr als die Hälfte der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe zur Verfügung und ist damit der **weltweit größte Geber**. Im Jahr 2015 haben die EU und ihre Mitgliedstaaten 68 Mrd. EUR für die öffentliche Entwicklungshilfe bereitgestellt – weit mehr als die Vereinigten Staaten, Japan oder andere Geber. Unsere Mittel für die humanitäre Hilfe haben eine Rekordsumme von 1,5 Mrd. EUR erreicht.

#EUGlobalPlayer

ZUR LAGE DER UNION 2016

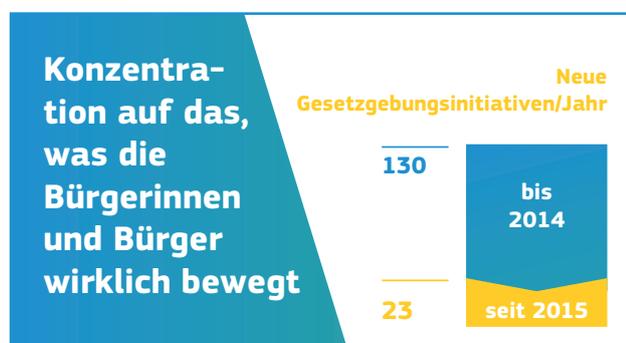
10 PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION – EINE BILANZ



10/ Eine Union des demokratischen Wandels

„Eine von mir geführte Europäische Kommission würde sich dafür einsetzen, die besondere Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament mit neuem Leben zu erfüllen. [...] Ferner setze ich mich für größere Transparenz bei Kontakten mit Interessenträgern und Lobbyisten ein. [...]“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014



Zu Beginn unseres Mandats haben wir beschlossen, unser Handeln ganz neu auszurichten. **Wir konzentrieren uns auf das, was die Bürgerinnen und Bürger wirklich interessiert.** Daher haben wir die Vorschläge für neue Rechtsakte von 130 zentralen Initiativen im Jahr 2014 auf jeweils 23 im Jahr 2015 und 2016 und somit um mehr als 80 % gesenkt. **Wir wollen eine Brücke zwischen Brüssel und unseren Bürgerinnen und Bürgern bauen.** Deshalb nehmen wir uns mehr Zeit für Besuche in den Mitgliedstaaten.

In diesem Jahr hat Vizepräsident Timmermans die Verhandlungen mit dem Parlament und dem Rat zu einer **neuen interinstitutionellen Vereinbarung** über unseren Gesetzgebungsprozess abgeschlossen. Wir werden nun gemeinsam Prioritäten festlegen, um dafür zu sorgen, dass Gesetze rasch und effizient ausgearbeitet und verabschiedet werden und jene Sachverhalte regeln, für die sich nationale Regierungen und Bürgerinnen und Bürgern europäische Lösungen wünschen.

Die Juncker-Kommission setzt die **Bürgerdialoge** engagiert fort. Bei **88 Veranstaltungen in 53 Städten in 27 Mitgliedstaaten** haben 23 Kommissionsmitglieder und zahllose Europaabgeordnete sowie Politiker der nationalen und kommunalen Ebenen mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert.

Wir haben **politische Führungsstärke** bewiesen und Verantwortung gezeigt, als es darum ging, heikle Entscheidungen im Bereich des Verbraucherschutzes und der Gesundheits- und Umweltpolitik umzusetzen. Dieser Prozess war bislang zu technokratisch. Die Entscheidungen zu **Glyphosat** und **endokrinen Disruptoren** wurden auf eher auf politischer als auf technischer Ebene diskutiert. Da die Bedenken der Bürger in den verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedlich groß sein können, wenn es

um gentechnisch veränderte Organismen geht, hat die Kommission 2015 vorgeschlagen, die Entscheidung über die Beschränkung oder ein Verbot von gentechnisch veränderten Nahrungs- oder Futtermitteln an die nationalen Behörden zurückzugeben.

In Kürze werden wir Verhandlungen beginnen, um das **gemeinsame Transparenzregister** für das Europäische Parlament, den Rat und die Kommission einzuführen. Diesen Verhandlungen sind ausführliche Konsultationen mit der Öffentlichkeit vorausgegangen. Dabei hat sich gezeigt, dass es eine große Zustimmung dafür gibt, transparenter zu machen, wer in und um die EU-Organe herum versucht, Einfluss zu nehmen. Die Kommission wird dabei weiterhin Initiative zeigen, wir konnten bereits bewirken, dass sich die Haltung hin zu mehr Transparenz gewandelt hat. Inzwischen umfasst unser Transparenzregister **9482 Organisationen und Einzelpersonen; 4562** davon haben sich seit dem 1. November 2014 neu eingetragen. Diese Zahlen werden weiter steigen, sobald das Register verbindlich wird.

Die **besondere Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern, die es vertritt**, ist eine Priorität der Juncker-Kommission. Seit Amtsantritt der Kommission haben der Präsident und der Erste Vizepräsident an **80 Debatten** des Europäischen Parlaments teilgenommen, die Vizepräsidenten und die Kommissare haben sich an **780 Debatten** beteiligt. Darüber hinaus haben die Kommissionsmitglieder mehr als 350 Besuche in **nationalen Parlamenten** absolviert, um damit Europa den Bürgerinnen und Bürgern sowie ihren nationalen Vertretern näherzubringen. Wir werden diese Beziehungen weiter intensivieren, auch indem Kommissionsmitglieder die Lage der Union in den nationalen Parlamenten vorstellen.

#BetterRegulation

STATE OF THE UNION 2016

BESUCHE VON KOMMISSIONSMITGLIEDERN
BEI NATIONALEN PARLAMENTEN SEIT
BEGINN DES MANDATS

(1. NOVEMBER 2014 BIS 9. SEPTEMBER 2016)

STATE OF THE UNION 2016
 BESUCHE VON KOMMISSIONSMITGLIEDERN
 BEI NATIONALEN PARLAMENTEN SEIT BEGINN DES MANDATS
 (1. November 2014 bis 9. September 2016)

Mitgliedstaat	Kammer	Anzahl	Mitglieder der Kommission
Belgien	Chambre des Représentants	6	J. Katainen, C. Malmström, F. Timmermans, M. Thyssen, A. Ansip, M. Šefčovič
	Sénat	5	J. Katainen, M. Šefčovič, C. Malmström, M. Thyssen, F. Timmermans
Bulgarien	Narodno Sabranie	4	M. Šefčovič, T. Navracsics, V. Andriukaitis, P. Hogan
Tschechische Republik	Poslanecká sněmovna	14	E. Bieńkowska, C. Crețu, J. Katainen, C. Malmström, M. Šefčovič, V. Jourová (2), V. Bulc, A. Ansip, F. Timmermans, F. Mogherini, V. Andriukaitis, M. Thyssen, P. Hogan
	Senát	12	E. Bieńkowska, C. Crețu, V. Jourová (2), J. Katainen, M. Šefčovič, V. Bulc, A. Ansip, F. Timmermans, V. Andriukaitis, M. Thyssen, P. Hogan
Dänemark	Folketing	11	M. Vestager (3), J. Katainen, F. Timmermans, C. Malmström, M. Arias Cañete, M. Šefčovič, J. Hill, V. Andriukaitis, V. Bulc
Deutschland	Deutscher Bundestag	31	G. Oettinger (2), V. Andriukaitis, N. N. Mimica (2), V. Bulc (2), J. Katainen, A. Ansip, M. Arias Cañete, K. Georgieva, P. Moscovici (3), J. Hill (2), J. Hahn, P. Hogan, F. Mogherini, C. Malmström, F. Timmermans, M. Šefčovič, M. Thyssen, J.-C. Juncker (3), K. Vella, V. Jourová, C. Stylianides (3)
	Bundesrat	3	N. N. Mimica, D. Avramopoulos, M. Thyssen
Estland	Riigikogu	10	V. Dombrovskis, J. Katainen, A. Ansip (3), M. Šefčovič, V. Andriukaitis (2), P. Hogan, F. Timmermans
Irland	Houses of the Oireachtas	9	V. Andriukaitis, J. Katainen, C. Malmström, P. Moscovici, J. Hill, P. Hogan, F. Mogherini, F. Timmermans, M. Šefčovič
Griechenland	Vouli ton Ellinon	5	J. Katainen, V. Dombrovskis, V. Andriukaitis, C. Crețu, P. Moscovici
Spanien	Congreso de los Diputados	9	M. Arias Cañete (2), F. Mogherini, J. Katainen, V. Bulc, C. Malmström, N. N. Mimica, V. Jourová, P. Hogan
	Senado	6	M. Arias Cañete (2), J. Katainen, C. Malmström, N. N. Mimica, V. Jourová
Frankreich	Assemblée nationale	11	J.-C. Juncker, P. Moscovici (5), C. Moedas, M. Šefčovič, D. Avramopoulos, K. Vella, C. Stylianides
	Sénat	16	J.-C. Juncker, M. Vestager, A. Ansip, V. Bulc, J. Hill, P. Moscovici (2), M. Šefčovič (2), N. N. Mimica, D. Avramopoulos, F. Timmermans (2), J. Katainen, C. Stylianides, Ph.Hogan
Kroatien	Hrvatski Sabor	7	N. N. Mimica (3), J. Katainen, C. Stylianides, T. Navracsics, V. Dombrovskis
Italien	Camera dei Deputati	10	J.-C. Juncker, F. Timmermans (2), J. Katainen, C. Malmström, P. Hogan, M. Arias Cañete, M. Vestager, V. Dombrovskis, V. Andriukaitis
	Senato della Repubblica	11	E. Bieńkowska, J. Katainen, C. Malmström, P. Hogan, M. Arias Cañete, M. Vestager, T. Navracsics, M. Šefčovič, K. Vella, V. Dombrovskis, V. Andriukaitis

Mitgliedstaat	Kammer	Anzahl	Mitglieder der Kommission
Zypern	Vouli ton Antiprosopon	8	J. Katainen, D. Avramopoulos, C. Stylianides, J.-C. Juncker (2), V. Andriukaitis, V. Dombrovskis, M. Šefčovič
Lettland	Saeima	8	J.-C. Juncker, D. Avramopoulos, A. Ansip, M. Thyssen, V. Dombrovskis (2), V. Andriukaitis, P. Hogan
Litauen	Seimas	12	V. Andriukaitis (7), J. Katainen, F. Mogherini, V. Bulc, P. Hogan, C. Malmström
Luxemburg	Chambre des Députés	7	C. Malmström, P. Hogan, J. Katainen, F. Mogherini, V. Dombrovskis, J.-C. Juncker, V. Andriukaitis, F. Mogherini
Ungarn	Országgyűlés	6	V. Jourová, J. Katainen, E. Bieńkowska, M. Šefčovič, T. Navracsics (2)
Malta	Kamra tad-Deputati	6	K. Vella (3), J. Katainen, M. Šefčovič, V. Andriukaitis
Niederlande	Tweede Kamer	11	F. Timmermans (2), V. Andriukaitis, N. N. Mimica, J. Katainen, V. Jourová, V. Bulc (2), C. Malmström, P. Moscovici, P. Hogan
	Eerste Kamer	2	V. Andriukaitis, F. Timmermans
Österreich	Bundesrat	9	V. Bulc, J. Hahn (2), C. Malmström, J. Katainen, F. Timmermans, M. Šefčovič, V. Andriukaitis, P. Hogan
	Nationalrat	9	J. Hahn (2), V. Bulc, C. Malmström, J. Katainen, F. Timmermans, M. Šefčovič, V. Dombrovskis, V. Andriukaitis
Polen	Sejm	10	V. Bulc, J. Katainen, J. Hahn, M. Šefčovič, C. Crețu, C. Malmström, V. Dombrovskis, V. Andriukaitis, K. Georgieva, P. Hogan
	Senat		
Portugal	Assembleia da República	13	P. Moscovici, F. Mogherini, P. Hogan, F. Timmermans (2), D. Avramopoulos, V. Dombrovskis, C. Moedas, M. Thyssen (2), M. Šefčovič, C. Stylianides, V. Andriukaitis
Rumänien	Camera Deputaților	5	P. Hogan, V. Andriukaitis, M. Šefčovič, C. Malmström, V. Jourová
	Senatul	7	P. Hogan, V. Andriukaitis, M. Šefčovič, C. Malmström, V. Jourová (2), V. Bulc
Slowenien	Državni zbor	12	J.-C. Juncker, V. Bulc (3), V. Dombrovskis, V. Jourová, J. Katainen, M. Šefčovič, E. Bieńkowska, C. Stylianides, C. Malmström, V. Andriukaitis
	Državni svet		
Slowakei	Národná rada	4	V. Andriukaitis, M. Šefčovič, C. Moedas, J. Katainen
Finnland	Eduskunta	9	A. Ansip, M. Šefčovič, J. Katainen, M. Arias Cañete, C. Crețu, C. Malmström, V. Dombrovskis, K. Georgieva, P. Hogan
Schweden	Riksdag	12	C. Malmström (3), J. Katainen, E. Bieńkowska, V. Jourová, M. Šefčovič, N. N. Mimica (2), M. Arias Cañete, F. Timmermans (2)
Vereinigtes Königreich	House of Commons	11	M. Arias Cañete, C. Moedas, M. Šefčovič, V. Bulc, K. Georgieva, F. Timmermans (3), C. Malmström (2), J. Hill
	House of Lords	12	J.-C. Juncker, C. Moedas, J. Hill, M. Vestager, P. Hogan, J. Katainen (2), M. Šefčovič, K. Georgieva, V. Bulc, N. N. Mimica, V. Dombrovskis
Insgesamt		353	

STATE OF THE UNION 2016

BÜRGERDIALOGE IN DEN MITGLIEDSTAATEN

(1. NOVEMBER 2014 BIS 10. SEPTEMBER 2016)

STATE OF THE UNION 2016

BÜRGERDIALOGE IN DEN MITGLIEDSTAATEN

(1. November 2014 bis 10. September 2016)

Mitgliedstaat	Bürgerdialoge insgesamt	Ort	Anzahl	Mitglieder der Kommission
Belgien	5	Eupen	1	M. Thyssen
		Brüssel	4	J. Katainen + M. Thyssen, J.-C. Juncker, C. Moedas, M. Šefčovič + J. Katainen
Bulgarien	3	Sofia	2	A. Ansip, T. Navracsics
		Ruse	1	F. Timmermans
Tschechische Republik	4	Prag	4	F. Mogherini, V. Andriukaitis, V. Jourová, C. Malmström
Dänemark	5	Kopenhagen	3	F. Timmermans, V. Andriukaitis, V. Bulc
		Århus	1	P. Hogan
		Roskilde	1	M. Vestager
Deutschland	3	Berlin	2	A. Ansip, D. Avramopoulos
		München	1	A. Ansip
Estland	2	Tallinn	2	F. Timmermans, J. Katainen
Irland	1	Dublin	1	J. Katainen
Griechenland	1	Athen	1	J. Katainen
Spanien	2	Bilbao	1	J. Katainen
		Madrid	1	N. Mimica
Frankreich	6	Dunkerque	1	M. Šefčovič
		Marseille	1	P. Moscovici
		Paris	4	M. Vestager, F. Timmermans, C. Malmström
Kroatien	1	Dubrovnik	1	M. Šefčovič
Italien	7	Rom	3	T. Navracsics, M. Šefčovič, F. Mogherini
		Matera	1	C. Crețu
		Siracusa	1	F. Timmermans
		Mailand	2	F. Mogherini, V. Andriukaitis
Zypern	2	Nikosia	2	J. Katainen, M. Šefčovič
Lettland	5	Riga	5	J. Katainen, M. Šefčovič, V. Bulc, V. Andriukaitis

Mitgliedstaat	Bürgerdialoge insgesamt	Ort	Anzahl	Mitglieder der Kommission
Litauen	2	Wilna	1	C. Malmström
		Kaunas	1	V. Andriukaitis
Luxemburg	1	Luxemburg	1	M. Šefčovič
Ungarn	3	Debrecen	1	T. Navracsics
		Szeged	1	T. Navracsics
		Kapolcs	1	T. Navracsics
Malta	2	La Valletta	1	K. Vella + C. Crețu
		Naxxar	1	V. Andriukaitis
Niederlande	4	Amsterdam	2	C. Malmström, K. Georgieva
		Den Haag	1	F. Timmermans
		Eindhoven	1	V. Andriukaitis
Österreich	2	Wien	2	F. Timmermans, K. Vella
Polen	2	Warschau	1	C. Malmström
		Wrocław	1	E. Bienkowska
Portugal	3	Lissabon	3	M. Šefčovič, V. Andriukaitis, F. Timmermans
Rumänien	2	Bukarest	2	V. Andriukaitis, J. Katainen
Slowenien	4	Ljubljana	3	V. Bulc, C. Malmström, K. Vella + V. Bulc
		Maribor	1	V. Bulc
Slowakei	6	Bratislava	4	J. Katainen, V. Dombrovskis, M. Šefčovič (3x)
		Košice	1	T. Navracsics
		Žilina	1	V. Bulc
Finnland	6	Helsinki	3	C. Moedas, V. Andriukaitis, C. Malmström
		Vaasa	1	M. Šefčovič
		Rovaniemi	1	C. Crețu
		Tampere	1	J. Katainen
Schweden	4	Stockholm	2	J. Katainen/C. Malmström, F. Timmermans
		Lund	1	C. Malmström
		Göteborg	1	C. Malmström
Vereinigtes Königreich				
INSGESAMT	88	53		23 (Präsident und 22 Kommissare) <i>Mitglieder der Kommission, die noch nicht an Bürgerdialogen teilgenommen haben: M. Arias Canete, J. Hahn, J. King (J. Hill), G. H. Oettinger und C. Stylianides</i>

WO ERHALTE ICH EU-VERÖFFENTLICHUNGEN?

Kostenlose Veröffentlichungen:

- Einzelexemplar:
über EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- mehrere Exemplare/Poster/Karten:
bei den Vertretungen der Europäischen Union (http://ec.europa.eu/represent_de.htm),
bei den Delegationen in Ländern außerhalb der Europäischen Union
(http://eeas.europa.eu/delegations/index_de.htm),
über den Dienst Europe Direct (http://europa.eu/europedirect/index_de.htm)
oder unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 (*).

(*) Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren (außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

Kostenpflichtige Veröffentlichungen:

- über EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>).

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet,
Server Europa (<http://europa.eu>).

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2016

Print ISBN 978-92-79-61718-8 doi:10.2775/186669 NA-01-16-205-DE-C

PDF ISBN 978-92-79-61715-7 doi:10.2775/044340 NA-01-16-205-DE-N

© Europäische Union, 2016

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Printed in Belgium.

